

Infos für die Friedensarbeit Mai 2024

Landesverband Niedersachsen – Bremen
Goetheplatz 4, 28203 Bremen.de
nds-hb@dfg-vk.de

Informationen aus der DFG-VK und anderen Quellen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Beiträge stellen die Ansichten der Verfasser dar. Stellungnahmen der DFG-VK sind gekennzeichnet.



Und wie weiter?

Das erste Info für die Friedensarbeit war als (ergänzender) Nachrichtenüberblick für den Landessprecherkreis entstanden. Weil es viele neue Informationen waren, hatte ich es an mehr Leute „verteilt“ – verbunden mit der Frage, ob solche Informationsbriefe folgen (sollen) und was als Ergänzung anderer Nachrichten"quellen" sinnvoll wäre.

Sehr viele Antworten waren es nicht. Eine Bitte war, das jeden Monat zu machen. Das klappt eher nicht. Informationen über mehrere Monate zu sammeln, hilft jedoch auch nicht. Es wird schlicht zu viel, obwohl ich vieles wieder rausgeschmissen habe.

Ich werde also weiter basteln und bin für Beiträge und Anregungen offen und dankbar!

LG Jo
☺

Olaf Scholz / die SPD lädt am 22. Mai zu einer Onlinekonferenz.

Über den Aktivenverteiler kam die Nachricht, dass auch Nichtmitglieder (der SPD) mitmachen können: Man kann ein / zwei Fragen stellen, die nach Prüfung für all einsehbar sind. Die Fragen mit den meisten Likes werden an den Kanzler weitergeleitet zur Beantwortung - es sei denn, sie passen nicht ins Konzept.

Trotzdem werden die kritischen Fragen genau registriert - auch ohne Antworten vom Scholz. Unsere Chance, ihm die Meinung zu sagen.

Unter:

<https://neugkeiten.spd.de/go/6/5UTXG28C-5UQD7VOK-5UTILGKW-ZNE3AU.html>

Aktuelle Termine / Aktionen: S1

Internationaler Tag der KDV-Beratung
#ObjectWarCampaign
Europa-Wahl
EU-Atombombe
Gewerkschafter gegen Krieg-
G-Heron-TP Drohne fliegt
Veranstaltung B.v. Suttner 21.6. HB
Tag der Bundeswehr
Berlin Demo 3.10.24?

Berichte: S 11
Ostermärsche
Rostock 5. Mai

DFG-VK S 17
Bundeskongress

Ukraine S17:
Bundeswehr diskutiert über Krieg
Link's zum Audio-Mitschnitt,
zu Videos der Vorgeschichte
des Krieges

Palästina / Israel 21
Waffenlieferungen nach Israel
Tote in Gaza

Militarisierung S23
Tornados in Jagel
Informationsstelle Militarisierung
Quadriga 24

Kriegsdienst & Verweigerung S26
KDV-Beratung
Bundeswehr an Schulen
KDV in Europa
KDV in Israel
Friedenspreis für Connection e.V.

Meinungsforschung: S35

der „Rest“ S35

Aktuelle Termine /Aktionen ☯



Globale Aktion #Refuse War - Machen Sie mit!

Anlässlich des Internationalen Tages der
Kriegsdienstverweigerung am **15. Mai 2024**
starten wir die internationale Aktion
www.refusewar.org , um das Recht auf
Kriegsdienstverweigerung weltweit zu stärken.
Machen Sie mit!

Wir sammeln persönliche Erklärungen von Einzelpersonen und Gruppen, die wir auf der interaktiven Karte veröffentlichen. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass wir viele sind, die sich gegen Krieg und Kriegsvorbereitung stellen!

Aufruf zur Aktionswoche zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung (15. Mai)

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht.

Kriegsdienstverweiger*innen brauchen Asyl

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Aktuell werden in den verschiedensten Ländern Kriege geführt, auf Kosten der jeweiligen Bevölkerung, mit Tausenden von Toten und weitreichenden Zerstörungen. Der Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine geht inzwischen ins dritte Jahr. Seit dem Angriff der Hamas führt Israel einen Krieg in Gaza. Die Türkei setzt immer wieder Militär in den benachbarten Staaten in den kurdischen Gebieten ein. Die Lage zwischen Armenien und Aserbaidschan ist weiterhin angespannt. Im Sudan, Jemen oder Myanmar herrschen Kriege, die den genannten Kriegen in Bezug auf Zahlen der Opfer und Grausamkeit um nichts nachstehen, die nur weniger öffentliche Beachtung finden.

In all diesen Ländern gibt es Menschen, die sich dem Krieg verweigern. Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in diesem Krieg sterben. Soldat*innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen. Aber: Kriegsdienstverweigerung ist ein international anerkanntes Menschenrecht!

Wir sehen die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg, Tod und Zerstörung zu überwinden. Wir fordern die uneingeschränkte Einhaltung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung, gerade in einem Krieg. Wir fordern Schutz und Asyl für verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen und Kriegsgegner*innen.

- Wir fordern von den Regierungen weltweit: Stellen Sie die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen umgehend ein! Entlassen Sie inhaftierte Kriegsgegner*innen. Erkennen Sie das unveräußerliche Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung an!

- Wir fordern von der EU und der Bundesregierung: Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegner*innen die Möglichkeit der Einreise in die Europäische Union! Schützen Sie Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen und geben Sie ihnen Asyl!

Dafür organisieren wir in der Woche des 15. Mai, dem „Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung“ – vom 13. bis zum 19. Mai 2024 – Kundgebungen und Demonstrationen vor Regierungseinrichtungen von kriegführenden Staaten, Mahnwachen vor Denkmälern für Deserteur*innen und weitere kreative Aktionen an verschiedenen Orten. Wir betonen dabei: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht!

Ein **Schwerpunkt** unserer diesjährigen Aktionswoche wird die **#ObjectWarCampaign** sein, mit Aktionen für all diejenigen, die sich dem Einsatz im Ukraine-Krieg entzogen haben, auf welcher Seite auch immer. Wir fordern Schutz und Asyl für tausende Menschen, die sich auf beiden Seiten des Krieges verweigern. #ObjectWarCampaign – www.objectwarcampaign.org

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Unterstützung israelischer Kriegsdienstverweiger*innen sein, wie z.B. Sofia Orr, die für ihre Entscheidung ins Gefängnis gegangen ist: „Seit Beginn des Krieges in Gaza bin ich mir sicher, dass wir für eine andere Lösung kämpfen müssen und dass ich mich diesem Kreislauf des Blutvergießens widersetzen muss, sonst wird er nie enden.“

www.ConnectioneV.org/Mesarvot

Wir sind besorgt über die politischen Forderungen, Deutschland wieder „kriegstüchtig“ zu machen und eine Militärdienstpflicht oder allgemeine Dienstpflicht einzuführen.

Wer wir sind

Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und sind solidarisch mit allen Menschen, die sich dem Krieg widersetzen. Wir laden alle Menschen ein, die sich gegen Krieg und gegen Aufrüstung einsetzen möchten! Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Informiert uns gerne über geplante Aktionen unter office@connection-ev.org.

Initiiert von: act for transformation; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Arbeitskreis Asyl Tribsees; Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin; Bund für Soziale Verteidigung; Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.; Connection e.V.; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.; Flüchtlingsrat Hessen e.V.; Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.; Flüchtlingsrat Schleswig Holstein e.V.; Forum gewerkschaftliche Linke Berlin; Frauennetzwerk für Frieden e.V.; Friedensbüro Salzburg; Friedensinitiative Nottuln e.V.; Graswurzelrevolution – Monatszeitung für ein gewaltlose, herrschaftsfreie Gesellschaft; Internationale der Kriegsdienstgegner*innen (IDK); International Peace Bureau (IPB); IPPNW – Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.; Initiative Solidarität für Pazifist*innen aus Osteuropa; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Kooperation für den Frieden; Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.; NaturFreunde Deutschlands e.V.; Netzwerk Friedenssteuer; Netzwerk Friedenskooperative; pax christi – Deutsche Sektion e.V.; Schweizerischer Zivildienstverband CIVIVA; TamieH – ZukunftsWerk Fliegerhorst Crailsheim;

#ObjectWarCampaign braucht Ihre Unterstützung – Aktiv werden und spenden

Die [#ObjectWarCampaign](https://www.objectwarcampaign.org), die sich seit mehr als zwei Jahren für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und Ukraine einsetzt, braucht Ihre Unterstützung. Wir stellen zwei Aktionen vor und bitten zugleich um Ihre Spende.

Aktionen rund um den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung (15. Mai)

Nehmen Sie an den Aktionen und Veranstaltungen teil: Mehr als 30 Organisationen rufen auf – bisher sind Veranstaltungen, Mahnwachen oder Kundgebungen geplant in

vielen deutschen Städten sowie in Großbritannien, Niederlanden, Türkei, Litauen und Ungarn. Die aktuellen Veranstaltungshinweise finden Sie auf www.objectwarcampaign.org/.

Erklären Sie kurz und bündig Ihre Kriegsdienstverweigerung und ihre Solidarität auf einer interaktiven Weltkarte: Wir starten die neue Aktion [#RefuseWar](https://www.refusewar.org/). Ganz einfach können Sie online Ihre eigene Erklärung gestalten oder unseren Vorschlag aufgreifen: „Ich verweigere ... - Ich setze mich ein für ...“. Sie können dies auch kombinieren mit einer eigenen Veröffentlichung auf Ihrem Social Media Account. Wie einfach das geht? Das erklären wir Ihnen auf www.refusewar.org. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

Helfen Sie mit Ihrer Spende Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und Ukraine. Wir sammeln weiter Spenden, insbesondere für die Arbeit der Organisationen, die sich in den drei Ländern für die Verweigerer*innen einsetzen. Bislang haben wir auch dank Ihrer großzügigen Unterstützung etwa 320.000 € erhalten. Mehr als 290.000 € haben wir für Beratungsstrukturen und die konkrete Arbeit mit den Verweigerer*innen ausgegeben. Um diese Arbeit weiter aufrecht zu erhalten, **bitten wir weiterhin um Ihre Spende.** Unser Extra-Spendenkonto: DE47 5055 0020 0006 0853 77 bei Sparkasse Offenbach. [Oder direkt online spenden](#). Für eine Spendenbescheinigung geben Sie bitte Ihre Adresse an. Herzlichen Dank.

Senden Sie diese Information an Ihre Freund*innen: Bitte senden Sie diese Information auch weiter an Bekannte und Freund*innen, damit wir gemeinsam mit einer starken Stimme sprechen können. Danke.

Rudi Friedrich, Marah Frech und Franz Nadler für das Team von Connection e.V.

eMail-News von Connection e.V. abonnieren: <https://de.connection-ev.org/enews-form>

Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, D-63075 Offenbach

Tel.: +49 - (0)69 - 8237 5534, Fax: +49 - (0)69 - 8237 5535

eMail: office@Connection-eV.org, www.Connection-eV.org

Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/Connection.eV

Russischsprachiger Telegram-Kanal: https://t.me/connection_ev

YouTube Kanal: <https://www.youtube.com/@RefusettoKill>

Spendenkonto zugunsten Deserteuren und Verweigerern aus Russland, Belarus und der Ukraine [Spenden Sie online](#) oder auf DE47 5055 0020 0006 0853 77 bei der Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF1OFF. Spenden sind steuerlich absetzbar.



Connection e.V., DFG-VK, BSV und EAK fordern die Innenminister*innen auf Kriegsdienstverweigerer*innen aus der Ukraine brauchen Schutz

(06.05.2024) Connection e.V., die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und die Evangelische Arbeitsstelle für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) wenden sich entschieden gegen eine drohende Ausweisung ukrainischer Männer, die keinen gültigen Pass mehr haben. „Die Ukraine erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an“, so heute Rudi Friedrich von Connection e.V. „Am 2. Mai erst hatte der Oberste

Gerichtshof der Ukraine das [Urteil gegen den Kriegsdienstverweigerer Mykhailo Yavorsky bestätigt](#). Damit verstößt die Ukraine gegen die Menschenrechte. Es sind bereits mehrere Urteile zu mehrjährigen Haftstrafen gegen Kriegsdienstverweigerer bekannt geworden.“

„Die [gestrige Erklärung des hessischen Innenministers](#), die Ukraine sei kein Unrechtsstaat, ist zumindest in Bezug auf Kriegsdienstverweigerung falsch, wie die aktuellen Urteile zeigen“, so Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK: „Kriegsdienstverweigerer*innen brauchen Schutz und somit auch einen Passersatz, wenn ihr Reisepass nicht mehr gültig ist.“

„Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, auch im Falle eines Krieges“, ergänzt Rudi Friedrich von Connection e.V. „Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einer [Grundsatzentscheidung](#) festgestellt. Die Ukraine hält sich nicht daran, schickt Verweigerer*innen an die Front oder unterwirft sie langen Haftstrafen. Das ist nicht hinnehmbar.“

„Allen, die sich dem Krieg verweigern, muss Schutz gewährt werden – sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland und Belarus“, so die Geschäftsführerin des BSV, Dr. Christine Schweitzer: „Deutschland darf keine Geflüchteten, denen Zwangsrekrutierung droht, abschieben.“

Gesetzesänderung und Konsequenzen

Mitte April hatte das ukrainische Parlament Gesetzesänderungen beschlossen, womit konsularische Dienste nur noch im Land selbst erfüllt werden. Damit müssen militärdienstpflichtige Männer, die keinen gültigen Pass mehr haben, in der Ukraine einen neuen Pass beantragen. Konsequenz davon ist, dass sie gemustert werden und einberufen werden können. Zudem ist ihnen die erneute Ausreise verwehrt, da die Ukraine seit Kriegsbeginn die Grenzen für Männer zwischen 18 und 60 Jahren sowie für Frauen mit medizinischer Ausbildung geschlossen hat. „Wenn ukrainische Kriegsdienstverweigerer*innen in die Ukraine reisen müssten, wären sie ohne Zweifel der Rekrutierung, Verfolgung als Kriegsdienstverweigerer*innen oder dem direkten Einsatz an der Front ausgeliefert“, so Rudi Friedrich.

Alle ukrainischen Staatsbürger, die seit Kriegsbeginn in die Europäische Union gereist sind, haben einen befristeten **humanitären Aufenthalt nach der sogenannten Massenzustromrichtlinie** der Europäischen Union erhalten. Voraussetzung dafür war, dass sie einen gültigen Reisepass vorlegen konnten und zum Februar 2022 in der Ukraine lebten. Wenn kein gültiger Pass mehr vorliegt, verlangen die deutschen Behörden in der Regel, dass ein neuer Pass beantragt und vorgelegt wird. Andernfalls würde der Aufenthalt beendet werden.

Nach Schätzungen von Connection e.V. befinden sich über 325.000 militärdienstpflichtige Ukrainer*innen in der Europäischen Union, davon etwa 100.000 Personen in Deutschland. „Aufgrund der neuen Situation wenden sich viele Ukrainer*innen an Connection e.V.“, so Rudi Friedrich, „um zu erfahren, wie sie weiterhin einer Rekrutierung und Strafverfolgung entgehen können.“

„Niemand darf gezwungen werden“, mahnt Michael Schulze von Glaßer, „eine Waffe in die Hand zu nehmen und andere Menschen zu töten – und niemand darf gezwungen werden, sich den tödlichen Gefahren an der Front auszuliefern.“

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung, so die Friedensorganisationen, ist ein für alle Menschen gültiges und unveräußerliches Menschenrecht, das auch in Zeiten eines Krieges zu gelten hat. „Daran ist die Ukraine zu messen“, ergänzt Schweitzer: „Bestrebungen aus der deutschen Politik, der Ukraine militärdienstpflichtige Männer zuzuführen und damit gegen die Menschenrechte zu verstoßen, lehnen wir entschieden ab. Die morgige Innenministerkonferenz muss eine Entscheidung treffen, die Kriegsdienstverweiger*innen schützt. Angesichts der Lage der Kriegsdienstverweiger*innen aus der Ukraine ist es notwendig, ihnen dauerhaften Schutz zu gewähren.“

Connection e.V., DFG-VK, BSV und EAK, Presseerklärung vom 6. Mai 2024



<https://overton-magazin.de/top-story/sollen-ukrainische-maenner-aus-deutschland-zum-kriegsdienst-in-ihr-land-zurueckgeschickt-werden/> 6. Mai 2024, Florian Rötzer

Sollen ukrainische Männer aus Deutschland zum Kriegsdienst in ihr Land zurückgeschickt werden?

Die ukrainische Regierung fordert die europäischen Länder dazu auf. Manche deutsche Politiker wollen da „solidarisch“ sein. Was meinen Sie?

Die Ukraine stellt Männern im wehrpflichtigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren im Ausland keinen Reisepass oder andere Dokumente mehr aus, wenn diese sich nicht zum Militärdienst registrieren lassen. Ziel ist, die personell ausgedünnte ukrainische Armee aufzufüllen, weil sie Freiwillige kaum mehr melden und die russischen Truppen die Schwäche nutzen. Die Ukraine steht auch unter Druck der Nato-Länder, ihren Teil der noch geltenden „Arbeitsteilung“ zu leisten, also die Soldaten zu stellen.

Alleine in Deutschland sollen 220.000 Männer im wehrpflichtigen Alter leben, die meisten sich wohl geflohen, um keinen Kriegsdienst leisten zu müssen. Das sowieso vor dem Krieg kaum gewährte Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde aufgehoben. Kiew hat nach Beginn des Krieges die Grenzen für Männer im wehrpflichtigen Alter bis auf wenige Ausnahmen geschlossen, seitdem ist die Korruption hoch, um ins Ausland zu fliehen oder durch Tricks vom Militärdienst freigestellt zu werden. Mit dem neuen Mobilisierungsgesetz wurde versucht, die Lücken zu schließen und die Ukrainer, die sich im Inland verstecken oder die ins Ausland geflohen sind, zum Kriegsdienst zu zwingen. Die europäischen Länder werden von der ukrainischen Regierung aufgefordert, Druck auszuüben, damit sie in die Ukraine zurückkehren, was meist bedeuten wird, in den Krieg zu ziehen und zu töten oder getötet bzw. verletzt zu werden.

Das Thema hat inzwischen die Politik eingeholt, Länder und Bundesinnenministerium beraten, es soll eine einheitliche Lösung gefunden werden. Wenn die Reisepässe der ukrainischen Männer im wehrpflichtigen Alter auslaufen, kann die Bundesregierung auf der Passpflicht bestehen. Sie kann entweder Ersatzdokumente ausstellen, das haben schon ukrainische Männer beantragt, oder die Männer müssten ohne gültige Papiere in die Ukraine zurück, um neue Pässe zu erhalten, wären dann aber in der Falle und könnten nicht mehr ausreisen. Ein Asylantrag hätte wohl kaum Chancen.

Roman Poseck, der hessische Innenminister, ist willens, der Ukraine bei der Mobilisierung der Männer zu helfen, die sich in Deutschland aufhalten: „Dazu kann eben auch zählen, dass wir daran mitwirken, dass die Ukraine auf Männer, die ins Ausland geflohen sind, die

aber im Krieg eingesetzt werden können, zurückgreifen kann“, sagte der CDU-Politiker im Bericht aus Berlin am Sonntag. Die Sprache ist verräterisch, denn damit würde Deutschland dabei helfen, Männer, die keinen Kriegsdienst leisten wollen, in den Tod zu schicken, obwohl hierzulande das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantiert wird. 1987 wurde Kriegsdienstverweigerung durch die UNO-Vollversammlung als internationales Menschenrecht anerkannt.

Trotzdem meint Poseck, man könne keine Ersatzdokumente ausstellen: „Die Ukraine ist kein Unrechtsstaat.“ Vor allem sei aber wichtig, „die Verteidigungsbereitschaft der Ukraine zu unterstützen“, indem sie für den Krieg, der auch im Interesse der europäischen Regierungen geführt wird, Soldaten unter Zwang erhalten, bevor die Nato-Staaten selbst Soldaten schicken müssen. Das soll wohl noch vermieden werden.

Ausgerechnet Anton Hofreiter von den Grünen, der zusammen mit Strack-Zimmermann gerne als besonders entschlossener Kriegsbefürworter auftrat, plädiert nun aber dafür, den Ukrainern doch Ersatzdokumente auszustellen: „Wir haben bei uns im Grundgesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Und ich glaube, Menschen, die auf gar keinen Fall kämpfen wollen, da reinzuzwingen – das macht am Ende auch die ukrainische Armee nicht stärker.“ Man müsse dafür sorgen, dass Männer, „die auf gar keinen Fall kämpfen wollen, am Ende hier ihr Leben führen können“. Es gehe auch um Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und arbeiten. Allerdings meint er, es sei besser, die Ukraine so gut mit Waffen zu versorgen, dass sie nicht in das Dilemma fehlender Soldaten komme.



Aktionswochen zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, 15. Mai

Aktionen und Veranstaltungen vom 7. Mai bis 1. Juni in Berlin, **Bremen 23.5.**, Büchel (25.5.), Frankfurt/M. (Mi. 15.5.), Fritzlar (Fr. 24.5.), Greifswald, Hamburg, Halle (Saale), Kiel, Leipzig, Mannheim, Marburg (Mi.15.5.), Münster/W., Potsdam, Rostock, Schwerin, Stuttgart, Tribsees (Vorpommern), Weiden (Oberpfalz);

Vilnius; Amsterdam; Wien; Székesfehérvár; Diyarbakır, İzmir; Online ...

Kundgebung in **FRANKFURT/M., Mittwoch, 15. Mai 2024, 15 Uhr, Römerberg**

Zu den Aktionswochen rufen bundesweit & transnational mehr als 30 Organisationen auf!



EUROPA-WAHL

Die Bundesgeschäftsstelle (Elvin) lenkt unsere Aufmerksamkeit auf ein wichtiges Anliegen mit Blick auf die anstehende Europa-Wahl:

Das Projekt nuclearban hat am 8. März eine Unterschriftenaktion gestartet, die sich gegen die Ideen einer europäischen (oder deutschen) Atombombe einsetzt ... Bereits über 6000 Personen haben unterschrieben. Bitte unterstützt diese Initiative, indem ihr die Unterschriftenaktion in euren Landesverbänden und Ortsgruppen teilt, und selbst unterzeichnet. Unterzeichnet werden kann der Appell bis zum 9. Juni, also bis zum Tag der Europawahl. Im Anschluss werden die neu gewählten Abgeordneten über die Initiative informiert.

Auf der Seite der Friedenskooperative, unter folgendem Link

www.friedenskooperative.de/shop/unterschriftenliste-eu-atombombe-nicht-mit-uns , könnt ihr die Unterschriftenliste auch in Papierform anfordern, wenn ihr sie bspw. an euren

Ständen auslegen möchte oder mit auf Demos und Kundgebungen nehmen wollt. Im Anhang die Datei auch zum selber ausdrucken.

Ich werde euch zeitnah eine E-Mail mit einer Übersicht über die Spitzenkandidat:innen und die entsprechenden Wahlkreise schicken, falls die ein oder andere Person Zeit und Lust auf Lobbygespräche zum Thema Atomwaffen oder weiteren friedens- und abrüstungsrelevanten Themen hat. Wer sich vorab informieren möchte, kann gerne auf der Website von Ohne Rüstung Leben unter folgendem Link nachsehen, was in den Wahlprogrammen zu "unseren" Themen steht: www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/europawahl-2024-wahlprogramme-abruestung-ruestungsexport-friedenspolitik-atomwaffen-625.html

Mit Blick auf die Europawahl biete ich euch gerne meine Unterstützung an. Wenn ihr Gespräche, Veranstaltungen oder andere Termine mit Abgeordneten/Kandidat:innen plant und meine Unterstützung dabei hilfreich wäre, schreibt oder ruft mich gerne an.



Appell: EU-Atombombe? Nicht mit uns!

Die aktuelle Diskussion um eine europäische oder sogar deutsche Atombombe ist erschreckend und brandgefährlich. Wir erteilen diesen Gedankenspielen eine klare Absage und fordern aus

folgenden Gründen die leichtsinnig geführte und überflüssige Debatte sofort zu beenden:

1. Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) als auch der Zwei-plus-Vier Vertrag verbieten es Deutschland eigene Atomwaffen zu besitzen. Der NVV, den alle EU-Staaten unterzeichnet haben, macht auch eine EU-Atombombe unmöglich. Die Forderung nach einer EU- oder deutschen Bombe unterläuft das Völkerrecht und die internationale Ordnung.
2. Noch mehr Atomwaffen und neue Nuklearmächte würden dazu führen, dass weitere Staaten nach der Bombe streben könnten. Eine unkontrollierbare Verbreitung würde einsetzen und damit die Sicherheit aller noch stärker gefährden, da das Risiko eines Einsatzes weiter erhöht wird!
3. Wer weitere Atomwaffen fordert, nimmt die katastrophalen humanitären und ökologischen Konsequenzen eines möglichen Einsatzes leichtfertig in Kauf! Wie wir aus der Geschichte der Atomwaffeneinsätze und -tests wissen, sind die Auswirkungen für Mensch und Umwelt verheerend!

Schluss mit den sinnlosen und gefährlichen Debatten um eine EU- und deutsche Atombombe! Wir setzen uns diesen Gedankenspielen entschieden entgegen und fordern stattdessen Maßnahmen, um die nuklearen Risiken zu senken. Die internationale Gemeinschaft muss wieder den Weg der Diplomatie anstatt der Konfrontation und Aufrüstung einschlagen. Dazu gehört auch, dass Europa und Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag unterstützen. **Nur eine atomwaffenfreie Welt ist eine sichere Welt!**



Die Unterschriftensammlung läuft bis zur EU-Wahl am 9. Juni 2024.

Im Netz unterschreiben unter

<https://www.friedenskooperative.de/aktion/appell-eu-atombombe-nicht-mit-uns>



Auf der Seite <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/> findet sich ein Aufruf gegen die Aufrüstung, der auf die Gewerkschaften zugeschnitten ist:

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Horst Schmitthener, c/o IPB, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin

Links zu Hintergründen der aktuellen Lage

- IMI-Analyse 2024/06 (Update: 12.2.24): Rüstung durch Sozialabbau Der Haushalt 2024 ist übel – aber das richtig dicke Ende droht erst noch: <https://www.imi-online.de/2024/02/02/ruestung-durch-sozialabbau/>
- Wirtschaftsminister Habeck redet von „Sicherheit“ – nicht etwa Frieden – und meint in Wirklichkeit Rüstung und Militär: „Aber, das kostet Geld. Darüber reden wir in Wahrheit, es kostet Geld. Und wenn wir sagen, ohne Sicherheit ist alles nichts, dann heißt es eben auch, das andere ist weniger wert.“ (ab 0:42): <https://www.youtube.com/watch?v=kEHm9EXNYQ4>
- Clemens Fuest, Präsident des IFO-Instituts: „Kanonen [gibt es nur] ohne Butter.“ <https://twitter.com/NicolePunkt/status/1760779860534809077>
- Lühr Henken zu den Gefahren der Aufrüstung: <https://www.jungewelt.de/artikel/470188.taurus-lieferung-den-kurs-auf-verhandlungen-mit-russland-stellen.html?sstr=%C3%BCChr|henken>
- Der Skandal ist nicht das Abhören, sondern der Inhalt des Gesprächs. Geheimes Bundeswehrgespräch über Taurus von Russen abgehört – Mitschnitt und Kommentar im Detail: <https://www.youtube.com/watch?v=gKloOhF3Zes>
- Hajo Funke und Michael von der Schulenburg: Endlich Diplomatie wagen: <https://taz.de/Der-Westen-Russland-die-Ukraine!/5979717/>

- Vortrag von General a. D. Harald Kujat in Berlin über Ukrainekrieg und den geopolitischen Wandel sowie Links zu weiteren Texten: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=111161>



Die DFG-VK Flensburg teilt mit

Die bewaffnete Großdrohne G-Heron TP wird ab Mitte Mai vom Bundeswehrstandort Jagel aus starten und landen und im ungeschützten Luftraum fliegen

Vom Bundeswehrstandort Jagel aus sollen ab Mitte Mai 2024 bewaffnete Großdrohnen vom Typ G-HeronTP im ungesperrten Luftraum fliegen. Sie sind vom israelischen Hersteller geleast und dem Bundeswehrstandort Jagel unterstellt.

Für die neuen Großdrohnen der Bundeswehr hat das Luftfahrtbundesamt in Köln die im Dezember 2023 beantragte Verkehrszulassung am 2. Mai unterzeichnet. Damit ist der Weg frei, dass die Großdrohnen im ungeschützten Luftraum ungehindert fliegen können.

Wie das Beschaffungsamt der Bundeswehr (BAAINBw) im vergangenen Jahr mitgeteilt hat, besteht das System aktuell aus fünf unbemannten und bewaffneten Luftfahrzeugen und vier Bodenkontrollstationen. Damit sind Übungen, Ausbildungen und Kriegseinsätze möglich.

Die G-Heron-TP ist bereits seit Oktober 2023 im Kriegseinsatz in Palästina

Seit Oktober 2023 stellt die Bundesrepublik Deutschland zwei der bewaffneten Großdrohnen G-Heron TP Israel für den Krieg gegen Palästina zur Verfügung. Die Ausbildung der Bundeswehrpiloten für die Steuerung der G-Heron-TP fand in Israel statt.

Seit 9 Jahren regelmäßiger Protest gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Drohnen und ihre Kriegseinsätze

Seit 2015 finden regelmäßig Mahnwachen von friedensbewegten Menschen gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Drohnen und Elektronischer Kampfführung am Bundeswehrstandort Jagel statt. **Die nächste (76.) Mahnwache findet am 10. Juni 2024 von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr vor dem Haupttor statt. Wir protestieren dort gegen die Übung „Tiger Meet“ mit einem „Offenen Kriegsatelier“ am Standort, zu dem Künstler aus der Region ihre Werke ausstellen und vor Ort künstlerisch aktiv sind.**

Rückfragen Siglinde Cüppers 0159 06836060



110. Todestages der Friedenskämpferin und Gründerin der DFG Bertha von Suttner

Kulturelles Programm mit Musik von Veronika und Aisha Otto um und mit dem dänischen Stummfilm “Die Waffen nieder“ nach dem Roman von Bertha von Suttner Am 21. Juni 2024 in Zusammenarbeit mit dem Bremer Friedensforum in der (NEUER ORT!!) Zions-Gemeinde in Bremen Neustadt, Kornstraße 31

Ein „Appetithappen“ <https://www.ardmediathek.de/video/nordmagazin/die-waffen-nieder-zum-abschluss-des-schoenberger-musiksommers/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS8xMmQ0OGMxOS0xNzExLTQzZWYtOTNmYS01YzVjODhYjAxMDM>



Regionale Friedensaktionen am 8. Juni am sog. "Tag der Bundeswehr" an drei Standorten in Norddeutschland:

- Fliegerhorst Faßberg in Niedersachsen (nicht weit von den Bahnhöfen Unterlüß und Munster), Einlass ab 9:00
- „Universität der Bundeswehr“ in Hamburg (direkt beim Veranstaltungsgelände), Einlass ab 9:30
- Marinestützpunkt Hohe Düne in Rostock. Einlass ab 9:30



Aktionswoche **Stopp Air Base Ramstein** vom 16. bis 23. Juni mit Friedenscamp und Aktionen plus Veranstaltung in Kaiserslautern. <https://www.stoppramstein.de/>



Geplant: 3. Oktober 2024 bundesweite Friedensdemonstration in Berlin



Berichte, Dokumente und Links über Treffen / Aktionen

Ostermärsche 2024

Abschlussklärung der Infostelle Ostermarsch

Mehr Teilnehmer:innen bei den diesjährigen Ostermärschen



„Die Waffen nieder! Friedensfähig statt kriegstüchtig“

Die Friedensbewegung sieht sich durch die diesjährigen Ostermarsch-Aktionen gestärkt. Tausende friedensbewegte Menschen demonstrierten an den Ostertagen für Frieden, gegen die Kriege, für Abrüstung und gegen weitere Aufrüstung.

Die Aktionsformen der lokalen Ostermarsch-Initiativen waren wie in den Vorjahren sehr vielfältig. Organisiert wurden sie sowohl von langjährigen als auch von relativ neuen Initiativen, die zum Teil regelmäßig mit Mahnwachen und Veranstaltungen vor Ort aktiv sind. Bei bundesweit über 120 verschiedenen Aktionen, Märschen, Friedensgottesdiensten, Fahrraddemonstrationen und Kundgebungen wurden Alternativen aufgezeigt.

In zahlreichen Redebeiträgen wurden klassische Themen der Friedensbewegung wie die Abschaffung von Atomwaffen, Deeskalation von Konflikten durch Diplomatie statt Waffenlieferungen sowie Abrüstung statt Aufrüstung aufgegriffen. Diese standen im Zeichen aktueller Debatten in der deutschen Politik, wie die über die deutsche Beteiligung an Atomwaffen, Taurus-Lieferungen an die Ukraine und weitere Aufrüstung auf Kosten von Sozialausgaben. Die Bedrohung der Menschheit durch den Einsatz von Atomwaffen wurde vor allem anhand der drohenden Eskalation im Ukraine-Krieg thematisiert.

Zentrale Forderungen an die Bundesregierung waren die Deeskalation des UkraineKrieges durch eigene diplomatische Initiativen, die Beendigung unsinniger Rüstungsprojekte, der Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel sowie die Unterstützung von Flüchtlingen aus Konfliktregionen. Positiv gewürdigt wurde bei mehreren Kundgebungen vor allem die mutigen Stimmen aus Politik und Gesellschaft als Kontrast zu namentlich genannten Kriegstreibern aus den Reihen von CDU/CSU, FDP und Grünen im Bundestag.

Angesichts der weltweiten Kriege, die auch durch deutsche Kriegsbeteiligung und Waffenlieferungen angeheizt werden, fordert der Sprecher der Infostelle Ostermarsch, Willi van Ooyen: „Für die politisch Verantwortlichen ist Krieg wieder ein Mittel zur Bewältigung der weltweiten Probleme geworden. Die Friedensbewegung darf den Regierenden ihre Unschuldskundgebungen nicht durchgehen lassen. Die deutsche Politik trägt große Verantwortung für das Morden in aller Welt. Deshalb wird unser Widerstand gegen Krieg und für Frieden weitergehen.“

Bundesausschuss Friedensratschlag Infostelle Ostermarsch im Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt Tel.: 069/24249950, E-Mail: Frieden-und-zukunft@t-online.de

Das Netzwerk Friedenskooperative schrieb am 1.4.24

Ostermärsche 2024 setzen Bundesregierung unter Rechtfertigungsdruck



Liebe kannst du dich daran erinnern, wann sich zuletzt der Bundeskanzler, der Wirtschaftsminister, die Außenministerin und der Chef der Opposition zu einem Ostermarsch geäußert haben? Wir nicht! Es ist offensichtlich, dass die Ostermärsche die Politik in diesem Jahr unter einen hohen Rechtfertigungsdruck gebracht haben. Das ist ein bemerkenswerter Erfolg der Bewegung!

Bundesregierung ist naiv, nicht der Protest gegen den Krieg!

Besonders präsent war in diesem Jahr der Vorwurf, die Proteste von uns Ostermarschierer*innen seien „naiv“. Diesen Vorwurf weisen wir entschieden zurück! Viele Menschen glauben nicht mehr daran, dass der Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg ein gutes Ende nimmt und sind deshalb auf die Straße gegangen. Es ist sinnvoller, jetzt Verhandlungen vorzubereiten, als zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Verhandlungsposition für die Ukraine noch schlechter aussieht.

Tausende Menschen haben bei den Aktionen in mehr als 120 Städten klar gemacht, es braucht endlich:

- mehr Anstrengungen für **Friedensverhandlungen im Krieg Russlands gegen die Ukraine**,
- einen **sofortigen Waffenstillstand für Gaza und die Freilassung der israelischen Geiseln** sowie
- den **Stopp der Aufrüstungspolitik!**

Ein großes Dankeschön an alle Aktiven!

Sehr herzlich möchten wir uns bei allen Veranstalter*innen, Redner*innen und Teilnehmer*innen bedanken. Ohne euch und euer großes Engagement wären die Ostermärsche nicht möglich. Herzlichen Dank dafür!

Auf unserer Website versuchen wir auch in diesem Jahr sichtbar zu machen, was die zahlreichen Aktiven zu Ostern auf die Beine gestellt haben. Wirf dazu einen Blick auf die gesammelten [Rede- und Kundgebungsbeiträge](#) und die [Pressesplitter zum Ostermarsch 2024](#).

Schwung der Ostermärsche mitnehmen und in die Politik einmischen

Die diesjährigen Ostermärsche haben einmal mehr verdeutlicht, wie wichtig diese inzwischen bereits über 60 Jahre fortdauernde Tradition für die Friedensbewegung und die Gesellschaft ist. Gerade angesichts der vielen Krisen und Kriege braucht es die Ostermärsche, aber auch weitere Aktivitäten darüber hinaus, um die Politiker*innen daran zu erinnern, dass sie zu Frieden verpflichtet sind und Frieden ein hohes, wenn auch zerbrechliches, Gut ist.

Als Netzwerk Friedenskooperative zeigen wir uns zufrieden mit den diesjährigen Ostermärschen. Wieder einmal haben sie gezeigt, welches Potential in der Friedensbewegung ruht, das aber natürlich auch noch ausbaufähig ist. Nun ist es wichtig, den Schwung der Ostermärsche mitzunehmen, weiter Druck zu machen und nicht müde zu werden, die Forderungen der Friedensbewegung aktiv in die Öffentlichkeit zu tragen und die Bundesregierung damit zu konfrontieren.

Bleiben wir also dran! Jetzt erst recht! Gemeinsam schaffen wir eine friedlichere und bessere Welt!



Osteraktion 24 in Unterlüß

Große Friedensveranstaltung auf dem platten Land / Ca. 200 Teilnehmende bei der Osteraktion 24 in Unterlüß / Friedenskundgebung vor Rheinmetall ein großer Erfolg



Unterlüß: Ostern ist das Wetter

schön, lasst uns mal zur Demo geh´n, Mit diesem Slogan bewegte sich der große Ostermarsch durch Unterlüß vom Bahnhof zur Fa. Rheinmetall. Das Wetter passte und viele Menschen waren mit Kind und Kegel dabei. Ganze Gruppen waren angereist und gemeinsam wurde mit Plakaten, Fahnen und Sprechchören für Frieden geworben. Die Demonstranten wurden unterwegs von vielen Einwohnern genau aber freundlich und zugewandt beobachtet. Auf dem Marsch gab es einige kurze Reden, u. a. von Initiativen und Gruppen aus Celle.

Vor dem Verwaltungsgebäude von Rheinmetall warteten diejenigen, die nicht so gut zu Fuß sind. Eindrucksvoll war die Friedenskundgebung mit zentralen Passagen in den Reden u. a. vom Schauspieler Rolf Becker: „Das Morden soll enden. Wir stehen hier für das Leben und für den Frieden“

und von Veronika Hüning für pax christi: „Wir stehen hier, weil wir keine Politik der Aufrüstung und Kriegstauglichkeit wollen.“

Die Ev. Theologin Margot Käßmann betonte in ihrer Grußbotschaft: „Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben.“ Das musikalische Rahmenprogramm gestaltete das Duo Maren Drangmeister und Gerhard Kreuzer aus dem Wendland.

Zum Schluss wurde der Friedensappell aus der Lüneburger Heide verabschiedet, mit der zentralen Aussage und Forderung:

„Teilnehmer:innen dieser Friedensveranstaltung in dem kleinen und unscheinbaren Dorf Unterlüß rufen die deutsche Regierung und Öffentlichkeit auf: Macht Schluss mit einer Politik, die auf Blockdenken, wirtschaftliche Dominanz und Waffengewalt setzt! Deutschland muss ein Land sein, von dem Frieden ausgeht. Wir wollen kein anderes Land ruinieren und gegen keines Krieg führen.“ Und, „Die Menschen brauchen Frieden! Wir wollen eine andere Politik! Kriege kennen nur Verlierer!“



Das Blutvergießen muss aufhören



Friedens-Appell aus der Lüneburger Heide

Heute, am Ostersonntag, dem 30. März 2024, haben wir uns vor dem Werkstor der großen Rüstungsfirma Rheinmetall in Unterlüß in der Südheide zur Osteraktion 24 zusammengefunden. Wir sind Teil der bundesweiten Oster- und Friedensbewegung, die in diesen Tagen überall im Land auf die Straße geht, um u. a. ein Ende der wahnsinnigen Aufrüstung und Militarisierung unserer Gesellschaft zu fordern.

Die Lüneburger Heide ist eines der größten Militär- und Rüstungskomplexe in der Mitte Europas mit den riesigen Truppenübungsplätzen in Munster-Lager und Bergen-Hohne und dem Flugplatz Faßberg. Angesichts der damit verbundenen Belastungen und Gefahren rufen die Teilnehmer:innen dieser Friedensveranstaltung in dem kleinen und unscheinbaren Dorf Unterlüß die deutsche Regierung und Öffentlichkeit auf:

Macht Schluss mit einer Politik, die auf Blockdenken, wirtschaftliche Dominanz und Waffengewalt setzt! Deutschland muss ein Land sein, von dem Frieden ausgeht. Wir wollen kein anderes Land ruinieren und gegen keines Krieg führen.

- Gute Politiker:innen wollen Konflikte ohne Gewalt lösen, durch Verhandlungen, Kompromisse und Verträge.
- Uns und unseren Kindern hilft nur eine Politik, die das Land FRIEDENSTÜCHTIG macht. KRIEGSTÜCHTIGKEIT schadet massiv.
- Militär, Rüstung und Kriege sind die größten Klimakiller. Jede Bombe, jede Granate und jeder Schuss bringt Tod und Elend und zerstört die Umwelt.
- Es ist sonnenklar: Die Zukunft unseres Landes sieht katastrophal aus, wenn weiter so viel Geld in die Rüstung und das Militär gesteckt wird. Denn für die öffentlichen Finanzen gilt wie für das private Portemonnaie – ein EURO kann nur einmal ausgegeben werden.

**Die Menschen brauchen Frieden!
Wir wollen eine andere Politik!
Kriege kennen nur Verlierer!**

Hans-Dietrich Springhorn, von der Friedensaktion Südheide: „Wir sind heute sehr zufrieden mit der Beteiligung, schon im Vorfeld hatte sich gezeigt, dass es viele Menschen gibt, die wirklich keine Lust mehr haben auf diese Kriegsrhetorik der deutschen Politik. Sie erwarten, dass von Deutschland eindeutige Friedensimpulse ausgehen“.

(HDSp)

Kontakt: Hans-Dietrich Springhorn In den Sohlen 7 29328 Faßberg, OT Müden/Örtze Tel.: (0 50 53) 12 11 Mobil: 0171 5693734 Unterlüß, den 30. März 2024

☯

OSTERMARSCH IN EMDEN

250 Teilnehmer auf der Straße für den Frieden

In vielen Städten sind Menschen zu Ostermärschen auf die Straße gegangen. In Emden waren es mehr als im Vorjahr.

Emden - Rund 250 Menschen haben sich am Samstag zum Ostfriesischen Ostermarsch in Emden getroffen. Damit fiel die Resonanz etwas höher aus als im vorangegangenen Jahr.

An den Themen und politischen Forderungen hat sich hingegen kaum etwas verändert. Kriege wie die in der Ukraine oder im Gazastreifen standen und stehen nach wie vor im Fokus.

Mehr Diplomatie wagen

Aus Sicht der Friedensaktivisten und -aktivistinnen ist und bleibt Waffengewalt kein probates Mittel, um solche Konflikte zu lösen. „Wir brauchen Diplomatie und nicht eine Sprache der Stärke“, betonte Michael Schunk vom Aktionsbündnis, das den Ostermarsch organisiert hatte. „Was wir wollen, ist eine gewaltfreie Krisenbewältigung.“

Der Demonstrationzug startete am späten Vormittag am Bahnhof und führte durch die Emden City. Nach knapp einer Stunde erreichte er den Stadtgarten, wo eine kleine Bühne aufgebaut war. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte dort das syrisch-ostfriesische Trio „Ematha“.

Schunk hielt den ersten Redebeitrag. Er mahnte: „Wer Frieden will, muss auch bereit sein, den Frieden vorzubereiten.“ Stattdessen werde die Gesellschaft in vielen Bereichen auf den Krieg vorbereitet. „Wir wollen aber nicht kriegstüchtig werden. Nicht schon wieder“, rief er. „Wir sollten lieber friedentüchtig werden.“

Emdens Oberbürgermeister Tim Kruithoff erinnerte in seinem Grußwort an die Tradition der Ostermärsche seit den 1960er Jahren. Schon damals richteten sich diese gegen Atomwaffen und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Spätestens mit dem Krieg in der Ukraine sei dieses Anliegen erneut hochaktuell geworden. „Ich frage mich angesichts dessen, ob es statt dieses Abnutzungskrieges, in dem die Ukraine auf Jahre hinaus wirtschaftlich, finanziell und militärisch unterstützt werden muss, nicht doch an der Zeit ist, mehr Mut zu Verhandlungen zu wagen“, meinte Kruithoff.

„Widerspruch in sich“

Krieg zu führen, um Frieden und Freiheit zu sichern, sei „ein Widerspruch in sich“, vertrat Bert Gedenk die Meinung des Emden Friedensforums. „Welche Gewalt auch immer, die zum Angriff und auch die zur Verteidigung, sie erzeugt immer nur weitere endlose Gewalt.“

https://www.nwzonline.de/emden/ostermarsch-in-emden-250-teilnehmer-fordern-frieden-und-verhandlungen-statt-waffenlieferungen_a_4,1,567709484.html# Werner Jürgens, 01.04.2024, 13:14 Uhr

Weser Kurier: Friedensbewegung

Hunderte bei Ostermärschen in Niedersachsen und Bremen

30.03.2024, 16:03 Uhr Von dpa/mkn

<https://www.weser-kurier.de/bremen/politik/hunderte-bei-ostermaerschen-in-niedersachsen-und-bremen-doc7us6pu3cx1014bsakpv>

Die traditionellen Ostermärsche stehen in diesem Jahr im Zeichen des Ukraine-Kriegs und des Gaza-Kriegs. In Niedersachsen und Bremen versammelten sich zahlreiche Menschen und forderten Frieden.

Ein Zeichen für Frieden und gegen Krieg: Zahlreiche Menschen haben sich am Sonnabend an den Ostermärschen in Niedersachsen und Bremen beteiligt. Die Kundgebungen richteten sich vor allem gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und gegen den Gaza-Krieg. Die traditionellen Forderungen nach Abrüstung und Abschaffung von Atomwaffen wollten die Veranstalter in diesem Jahr mit einer Forderung nach einer grundlegenden Abkehr von Kriegslogik und Militarisierung verschärfen.

Ostermarsch in Bremen mit etwa 2000 Teilnehmenden

Etwa 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien vom Friedenstunnel an der Parkallee zum Bremer Marktplatz gelaufen, um gegen Aufrüstung, Sozialabbau und die Kriegsbeteiligung Deutschlands am Ukraine-Krieg zu protestieren. Außerdem sei ein sofortiger Waffenstillstand in Gaza und das Ende aller Waffenlieferungen an die israelische Armee gefordert worden. Das teilt der Veranstalter des Ostermarsches mit, das Bremer Friedensforum.

Zaklin Nastic, Bundestagsabgeordnete für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), und Ibrahim Aslan von der palästinensischen Gemeinde Bremen hielten bei der Abschlusskundgebung Reden. Alles sei friedlich verlaufen, sagte eine Polizeisprecherin.

OSTERMÄRSCH IN NIEDERSACHSEN

In Unterlüß im Landkreis Celle versammelten sich laut Polizei rund 150 Teilnehmer vor dem Gelände des Rüstungskonzerns Rheinmetall. Unter dem Titel „Das Blutvergießen muss aufhören“ hatte die Vorbereitungsgruppe Osteraktion 24 aufgerufen, gegen Aufrüstung, Erweiterung des Rüstungsetats sowie den Bau einer neuen Munitionsfabrik am Standort Unterlüß zu protestieren. Die Versammlung verlief laut Polizei friedlich.

In Hannover versammelten sich nach Angaben der Polizei rund 630 Teilnehmer zu Kundgebungen in der Innenstadt. Dort hatte das Friedensbündnis Hannover unter dem Motto „Den Frieden voranbringen – das Töten beenden!“ zu der Veranstaltung aufgerufen. Der Marsch endete vor dem Hauptbahnhof und verlief friedlich, wie die Polizei mitteilte. Weitere Demonstrationen gab es unter anderem in Lüneburg, Wolfsburg, Göttingen, Braunschweig, Osnabrück und Oldenburg.

Die Wurzeln der Ostermarschbewegung liegen im Protest gegen das atomare Wettrüsten während des Kalten Krieges. 1968 und 1983 erlebten die Ostermärsche in Deutschland ihre Höhepunkte mit Hunderttausenden Demonstranten.

Einige Videos zu den Ostermärschen (es gibt mehr)

Bremen <https://www.youtube.com/watch?v=xj2Ck3UkNbY>

Hannover <https://www.youtube.com/watch?v=Sk7SwiLJDPw&pp=ygUaT3N0ZXJtYXJzY2ggR8O2dHRpbmdlbjIwMjQ%3D>

Lüneburg <https://www.youtube.com/watch?v=m4PE83SdsMU&pp=ygUaT3N0ZXJtYXJzY2ggR8O2dHRpbmdlbjIwMjQ%3D>

<https://www.youtube.com/watch?v=m4PE83SdsMU&pp=ygUaT3N0ZXJtYXJzY2ggR8O2dHRpbmdlbjIwMjQ%3D>

<https://www.youtube.com/watch?v=m4PE83SdsMU&pp=ygUaT3N0ZXJtYXJzY2ggR8O2dHRpbmdlbjIwMjQ%3D>

☺

Friedensbündnis OHZ

Die etwas andere Osterwiese auf dem Scharmbecker Marktplatz

Das Friedensbündnis OHZ setzt zu Ostern Zeichen gegen den Krieg. Mit einer Osterwiese der anderen Art auf dem Scharmbecker Marktplatz wollen sie für den Frieden eintreten. Mit einer Osterwiese der anderen Art will das Friedensbündnis OHZ ein Zeichen für den Frieden setzen. Seit einigen Tagen stehen große Ostereier auf der Rasenfläche zwischen

Marktplatz und St.-Willehadi-Kirche. „Zu Ostern mehr über militärische Details von Kriegsführung zu reden, als über Wege zum Frieden – das halten wir für gefährlich. Das Menschliche gehört in den Vordergrund, nicht die Waffen“, erklärt Uli Priester für das Mahnwachen-Team des Bündnisses. Elke Lies sagt mit Blick auf die gegenwärtige Stimmung: „Menschlich und mitfühlend zu denken, wird einem schwer gemacht bei der allgegenwärtigen Beschwörung möglicher Ausweitungen der Kriege in Europa und Nahost.“ Sie trug das Helmut-Schmidt-Zitat auf einem der Eier bei: „Lieber 100 Mal erfolglos verhandeln, als einmal schießen.“

Seit mehr als zwei Jahren hält das Friedensbündnis immer dienstags ab 18.30 Uhr Mahnwachen auf dem Marktplatz der Kreisstadt ab. Für Ostersonnabend, 30. April, lädt das Mahnwachen-Team zur Teilnahme am Ostermarsch in Bremen ein. Treffpunkt ist um 10 Uhr am Bahnhof, mit dem Zug geht es dann in die Hansestadt.

22.03.2024, 17:18 Uhr, von Lucas Brüggemann <https://www.weser-kurier.de/landkreis-osterholz/stadt-osterholz-scharmbeck/friedensbueundnis-osterholz-setzt-zu-ostern-zeichen-gegen-krieg-doc7unkhazp36yp6hs7ul>



Friedensbündnis Norddeutschland

FÜR ZIVILE HÄFEN
Unsere Häfen sollen Friedenhäfen sein

Kommt zur Friedensdemonstration in Rostock, Sonntag 05. Mai 2024

- Das Friedensgebot in unserem Grundgesetz achten!**
- Keine Panzerverladungen über den Rostocker Hafen!**
- Den Missbrauch unserer Infrastruktur als NATO-Logistikdrehscheibe beenden!**

Startkundgebung: 13:00 Uhr
Platz der Freiheit / Vorplatz Ostseestadion
Abschlusskundgebung (Ende 15:30)
Zwischen Kunsthalle und Schwanenteich

Für Bus oder Fahrgemeinschaften:
biankavonbargen@posteo.de

Erwünscht:
Friedenssymbolik & -themen aus unserem Bündniskonsens
Unerwünscht:
Nationalfahnen & Parteierwerbung

Friedensbündnis Norddeutschland

Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!

Das Friedensgebot in unserem Grundgesetz einhalten!

Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist ausdrücklich verboten. Die kürzlich geleakten Angriffsplanungen deutscher Luftwaffenoffiziere mit „Taurus“-Marschflugkörpern auf Ziele in Russland würden Deutschland endgültig zur Kriegspartei machen und damit in unverantwortlichster Weise das Leben von Millionen Bürgern gefährden. Schluss damit! Die Bundeswehr – und darin auch die Deutsche Marine – muss sich wieder auf den verfassungsmäßigen Landesverteidigungszweck zurückbesinnen und Auslandseinsätze beenden.

Kriegsmanöver an Russlands Grenzen? Nichts aus der Geschichte gelernt?

Alle Welt weiß inzwischen, dass die US-geführte NATO den Stellvertreterkrieg „bis zum letzten Ukrainer“ verliert und Europa den Wirtschaftskrieg verliert. Statt endlich Menschenleben und wirtschaftlicher Vernunft, Diplomatie und Friedensverhandlungen den Vorrang zu geben, werden jetzt realitätsferne Bedrohungsszenarien herbei konstruiert, um die laufenden Kriegsmanöver an Russlands Grenzen („Quadriga“ & „Steadfast Defender“) oder sogar Einsätze in der Ukraine zu legitimieren. Was für eine Geschichtsvergessenheit! Im 20. Jahrhundert wurden von Deutschland zwei große Angriffskriege gegen unsere östlichen Nachbarn durchgeführt. Der Sowjetunion kostete das 27 Millionen Tote.

Kein Missbrauch des Rostocker Hafens für die Verladung von NATO-Panzern!

Anfang Mai 2024 rollen nun NATO-Panzer in den Rostocker Hafen und von dort aus per Schiff nach Litauen in unmittelbare Nähe zur russischen Enklave Kaliningrad. Wir sind nicht damit einverstanden und protestieren mit dieser Demonstration in Rostock gegen den Missbrauch unserer zivilen Infrastruktur für gefährliche militaristische Großspektakel der NATO. Unsere Ostsee soll ein Meer des Friedens sein. Die Menschen in Europa wünschen sich Frieden, Förderung der eigenen Wirtschaft (inkl. zivile Häfen) und eine sozial gerechte Politik.

Friedensbündnis Norddeutschland

WEB: www.friedensbueundnis-norddeutschland.de
MAIL: info@friedensbueundnis-norddeutschland.de
V.i.S.d.P.: Georg Maria Vormschlag, Ledaweg 54, 28359 Bremen



Mehr zu den Aktionen für Zivile Häfen und zur Demonstration in Rostock mit ca. 400 Demonstrierenden auf der Auftaktkundgebung der Demo in Rostock am 5. Mai 2024. Keine Panzerverladung über den Rostocker Hafen im Rahmen der Kriegsmanöver an Russlands Grenzen! Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!

Auftakt <https://www.youtube.com/watch?v=UbkKO4v6IVs>

Abschluss <https://www.youtube.com/watch?v=Md5KPI-akOs>

Grußwort Eugen Drevermann <https://www.youtube.com/watch?v=pAwihKUe3nY>

mehr siehe Website des <https://friedensbueundnis-norddeutschland.de/>

DFG-VK „Intern“

Bundeskongress 4.bis 6. Oktober 2024 in Halle / Saale

In der aktuellen Zivilcourage findet ihr auf den Seiten 4 und 5 die offizielle Einladung zum Bundeskongress, der am Freitag 19:00 beginnt (ab 15:00 gibt es Aktionen, ab 20:00 die Verleihung des Ludwig-Baumann-Preises) und am Sonntag um 15:00 endet

Satzungsändernde Anträge müssen bis zum 25. Juli 2024, ordentliche bis zum 6. September vorliegen, Delegierte (je Ortsgruppe /Landesverband 1 Delegierte/r plus 1 je angefangene 25 Mitglieder) sollen bis zum 1. August angemeldet werden. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder.

Da nicht alle Mitglieder Ortsgruppen zugeordnet sind, entsendet auch der Landesverband Delegierte. Wir gehen davon aus, dass noch nicht alle Delegierten der Gruppen benannt sind. Auch der Landesverband kann noch weitere Delegierte benennen.

Meldet Euch bei Interesse bei Eurer Gruppe oder beim LV nds-hb@dfg-vk.de. Wir gehen davon aus, dass Kosten zumindest teilweise von der Gruppe / dem LV erstattet werden.

☺

Ukraine – Russland

Das Kriegskriterium

Geleakter Mitschnitt eines Gesprächs führender Luftwaffenoffiziere zeigt: Diese diskutierten ukrainische Taurus-Angriffe auf die Brücke zur Krim. Liefere Deutschland die dafür nötigen Daten, sei das als „Kriegskriterium“ zu werten.

04. März 2024 <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9502>

BERLIN/MOSKAU/LONDON (Eigener Bericht) – Offiziere der Bundeswehr diskutieren Angriffe der ukrainischen Streitkräfte mit deutschen Waffen auf Ziele in Russland. Dies geht aus dem Mitschnitt einer von russischen Geheimdiensten abgehörten Webex-Videokonferenz hervor, die vier Offiziere der Luftwaffe kürzlich abhielten, darunter deren Inspekteur Ingo Gerhartz. Demnach sei es etwa machbar, die Brücke von Kertsch mit „10 oder 20“ Stück des Marschflugkörpers Taurus zu zerstören. Allerdings setze dies voraus, dass deutsche Daten dafür zur Verfügung stünden. Dies wiederum erfülle das „Kriegskriterium“, urteilten die vier Offiziere; Deutschland trete damit in den Krieg mit Russland ein. Liefere man aber den Taurus, ohne deutsche Daten zur Verfügung zu stellen, sei dessen Wirkung deutlich reduziert. Die Offiziere spekulierten außerdem darüber, ob britische Soldaten, die in der Ukraine im Einsatz seien, bei Taurus-Angriffen

Gründe

"Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen

Weil ich mir nicht nochmals
die Finger verbrennen will

Weil man nur lachen wird:
Auf dich haben sie gewartet

Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken

Weil da niemand mehr durchsieht
sondern höchstens noch mehr kaputtgeht

Weil jedes Schlechte
vielleicht auch sein Gutes hat

Weil es Sache des Standpunktes ist
und überhaupt wem soll man glauben?

Weil auch bei den andern nur
mit Wasser gekocht wird

Weil ich das lieber
Berufeneren überlasse

Weil man nie weiß
wie einem das schaden kann

Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind"

Das sind Todesursachen
zu schreiben auf unsere Gräber
die nicht mehr gegraben werden
wenn das die Ursachen sind

ERICH FRIED

Unterstützung leisten könnten. London hatte bereits vergangene Woche wütend auf Äußerungen von Kanzler Olaf Scholz reagiert, denen zufolge britische Militärs ukrainische Raketenangriffe aktiv unterstützten. Scholz sei, hieß es, „der falsche Mann zur falschen Zeit im falschen Job“.

Die Brücke von Kertsch

Der Mitschnitt der Webex-Videokonferenz der vier deutschen Luftwaffenoffiziere, die laut Berichten am 19. Februar stattgefunden hat [1], belegt zunächst, wie konkret die Bundeswehr mögliche Angriffe auf russische Ziele in den Blick nimmt. Dabei geht es nicht nur um Angriffe auf Munitionsdepots, sondern insbesondere auch um eine etwaige Zerstörung der Brücke von Kertsch. „Wir alle wissen ja“, dass Kiew „die Brücke rausnehmen“ wolle, äußerte Luftwaffeninspekteur Gerhartz; man wisse aber „auch, was es am Ende bedeutet“.[2] Die Brücke wird primär zur zivilen Versorgung der Krim genutzt; sie steht zum größeren Teil auf altem, auch vom Westen als solches anerkanntem russischen Territorium. Jeder Angriff auf sie ist damit eine Kriegshandlung gegen Russland selbst. Man habe sich die „Brücke ... intensiv angeguckt“, hieß es auf der Videokonferenz; sie sei „schwer zu erreichen, und die Pfeiler sind relativ klein“. Mit dem Marschflugkörper Taurus aber könne man sie treffen. Ein Offizier teilte mit, er habe „Routen rausgesucht“ und sei zu dem Ergebnis gekommen, die Brücke sei „reachable“ („erreichbar“). Ein anderer schränkte ein, „aufgrund ihrer Größe“ sei damit zu rechnen, dass man zur Zerstörung der Brücke vermutlich „10 oder 20 Flugkörper“ benötige. Eine geringe Zahl reiche voraussichtlich nicht aus.

„Beteiligt ist beteiligt“

Der Mitschnitt belegt darüber hinaus, dass die ukrainischen Streitkräfte den Taurus zwar eigenständig einsetzen könnten, dass die gewünschte Wirkung aber nur mit aktiver deutscher Beteiligung zu erzielen ist. Demnach müssen nicht nur ukrainische Militärs an der Waffe ausgebildet werden. Für den Einsatz des Taurus sind darüber hinaus Daten erforderlich, die aus Deutschland in die Ukraine übermittelt werden müssen – insbesondere präzise Zieldaten. Am einfachsten sei es, die Daten mit einer gesicherten Leitung vom Fliegerhorst Büchel in die Ukraine zu übertragen, hieß es auf der Webex-Konferenz. In Büchel sind die Tornados stationiert, die den Taurus abschießen können.[3] Zur Verschleierung könne man entweder einige Soldaten aus Büchel „nach Schrobenhausen“ schicken und die Datenübertragung vom dortigen Standort des Herstellers MBDA aus vornehmen, erörterten die Offiziere. Alternativ sei es möglich, die nötigen Datensätze „mit dem Auto“ nach Polen zu bringen und dort die Übergabe an ukrainische Stellen zu organisieren. Um das „Kriegskriterium“ – die Tatsache, dass man sich mit der Übermittlung von Daten an einen Angriff auf Russland beteilige, also aktiv in den Krieg eintrete – komme man allerdings nicht herum: „Beteiligt ist beteiligt“. Wolle man das vermeiden, müsse man die Ukrainer „etwas länger ausbilden“; diese könnten den Taurus mangels Daten dann auch nur eingeschränkt nutzen.

Spezialkräfte in der Ukraine

Als etwaige Alternative wurde auf der Videokonferenz eine Bitte um Unterstützung an die britischen Streitkräfte genannt. Das Thema ist überaus heikel. Dass Spezialkräfte aus NATO-Staaten in der Ukraine operieren, ist nicht neu. Bereits im April 2022 berichtete die Londoner Times unter Berufung auf ukrainische Soldaten, in dem Land seien nicht nur außer Dienst gestellte, sondern auch reguläre britische Spezialkräfte aktiv – freilich nur in der Ausbildung ukrainischer Truppen und dies vor allem an britischen Waffensystemen.[4] Im April 2023 wurde durch geleakte US-Dokumente bekannt, dass im Vormonat nahezu 100 NATO-Spezialkräfte in der Ukraine operierten, darunter 50 aus Großbritannien, 17 aus Lettland, 15 aus Frankreich, 14 aus den USA und einer aus den Niederlanden.[5] Details über ihre Aktivitäten blieben allerdings unklar. In der vergangenen Woche wurde ein

Beamter aus den europäischen Militärbürokratien mit der Feststellung zitiert: „Alle wissen, dass westliche Spezialkräfte in der Ukraine sind – sie geben es nur nicht offiziell zu.“[6]

Strategieberatung für Kiew

Bekannt ist auch, dass führende Generäle aus NATO-Staaten die ukrainische Militärführung bei der Planung ihrer Operationen „beraten“ bzw. anleiten. So hat Berichten zufolge der Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa, Christopher Cavoli, umfassende Gespräche über die ukrainische Kriegsstrategie geführt. Im Dezember 2023 hieß es zudem, die Planungen der ukrainischen Armee würden in sogenannten war games am Standort der US-Streitkräfte in Wiesbaden-Erbenheim auf ihre Realisierbarkeit überprüft. [7] Vergangene Woche berichtete die Londoner Times unter Berufung auf interne Quellen, der britische Generalstabschef Admiral Tony Radakin habe im Sommer 2023 bei der Arbeit an der ukrainischen Strategie zuverlässig zwischen Washington und Kiew vermittelt, weil die USA nicht allzu offenkundig als Planer ukrainischer Operationen hätten in Erscheinung treten wollen. Radakin selbst sei vor allem für die Kiewer Kriegskampagne gegen Russlands Schwarzmeerflotte hilfreich gewesen. Zudem habe er die Unterstützung weiterer NATO-Spitzenmilitärs koordiniert.[8]

Diplomatische Krise

Was mutmaßliche Aktivitäten britischer Soldaten in der Ukraine anbelangt, hatte vergangene Woche Bundeskanzler Olaf Scholz heftigen Unmut in London ausgelöst. Scholz hatte, um zu erläutern, warum er eine Lieferung des Taurus an die ukrainischen Streitkräfte ablehne, erklärt, „das, was an Zielsteuerung und an Begleitung der Zielsteuerung vonseiten der Briten und Franzosen gemacht“ werde, könne „in Deutschland nicht gemacht werden.“[9] Damit hatte er eine aktive Beteiligung britischer Soldaten an der Durchführung ukrainischer Raketenangriffe auf russische Ziele und damit britische Kriegsbeteiligung impliziert. Dies sei „falsch, unverantwortlich und für Verbündete ein Schlag ins Gesicht“, beschwerte sich kurz darauf Alicia Kearns, Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im britischen Unterhaus. Der ehemalige britische Verteidigungsminister Ben Wallace, der einst die Lieferung von Storm Shadow-Raketen an die Ukraine durchsetzte, erklärte wütend, Scholz sei „der falsche Mann zur falschen Zeit im falschen Job“.[10] François Heisbourg, ein Experte des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS), urteilte, für Scholz sei Großbritannien offenbar ebenso gleichgültig wie Frankreich, während Benjamin Haddad, Abgeordneter von Emmanuel Macrons Partei Renaissance, eine „diplomatische Krise“ zwischen Deutschland und Großbritannien diagnostizierte: „Berlin ist sehr isoliert“.[11]

„Paar Leute vor Ort“

Äußerungen auf der nun bekannt gewordenen Webex-Konferenz dürften die Lage für Berlin kaum verbessern. In dem Mitschnitt des Gesprächs ist der Vorschlag zu hören, man könne im Fall einer Taurus-Lieferung „die Briten“ um Unterstützung bei der „Planung“ der Angriffe bitten. Luftwaffen-Generalinspekteur Ingo Gerhartz äußerte wörtlich, „die Engländer“ hätten ohnehin ein „paar Leute vor Ort“; „da haben sie mir schon gesagt“, behauptete Gerhartz, sie würden „den Ukrainern“ bei Bedarf gerne auch „beim Taurus-Loading über die Schulter gucken“. Gerhartz soll, so wird kolportiert, im kommenden Jahr einen Spitzenposten bei der NATO erhalten.

[1] Georg Ismar: Eine verhängnisvolle Schalte. sueddeutsche.de 02.03.2024.

[2] Audiodatei und Transkript beispielsweise hier: Taurus-Leak – Russland veröffentlicht abgehörtes Telefongespräch. russland.news 03.03.2024.

[3] Georg Ismar: Eine verhängnisvolle Schalte. sueddeutsche.de 02.03.2024.

[4] Catherine Philp: British special forces 'are training local troops in Ukraine'. thetimes.co.uk 15.04.2022.

[5] Paul Adams, George Wright: Ukraine war: Leak shows Western special forces on the ground. bbc.co.uk 11.04.2023.

[6] Guy Chazan, Henry Foy: Germany rebuffs Emmanuel Macron on troops for Ukraine and tells Paris to 'supply more weapons'. ft.com 27.02.2024.

[7] Julian E. Barnes, Eric Schmitt, David E. Sanger, Thomas Gibbons-Neff: U.S. and Ukraine Search for a New Strategy After Failed Counteroffensive. nytimes.com 11.12.2023. S. auch [Durchhalteparolen aus Berlin \(II\)](#).

[8] Larisa Brown: British military chief helped Zelensky destroy Russian war ships. thetimes.co.uk 28.02.2024.

[9] „Kann zu Kriegseteiligung kommen“: Scholz bekräftigt Nein zu Taurus-Lieferungen. rnd.de 27.02.2024.

[10], [11] Joshua Posaner, Laura Kayali, Henry Donovan: UK slams Scholz over claims Britain, France are helping Ukraine target missiles. politico.eu 29.02.2024.



Bundeswehr-Mitschnitt über die Bombardierung der Krim-Brücke

Die ganze Audiodatei im Original:

👉 <https://youtu.be/AC93hTdtTxA>



<https://www.youtube.com/watch?v=Oe-RoWlj7hY>

Roberto De Lapuente spricht mit Jaques Baud dem Autor von »Putin - Herrscher des Geschehens?«

Von der Art und Weise, wie wir eine Krise verstehen, hängt es ab, wie wir sie lösen. Die häufig unvollständige Darstellung der Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs in vielen europäischen Medien und in der Politik hat durch zu einfache Schuldzuweisung die Chancen auf eine Verhandlungslösung verringert. Auf der Grundlage von Dokumenten, die hauptsächlich von den USA, der Ukraine, der russischen Opposition und internationalen Organisationen stammen, stellt dieses Buch einen sachlichen Blick auf die Realität dar und öffnet die Tür für eine vernünftigeren und ausgewogeneren Einschätzung des Kriegs in der Ukraine



Zur Historie Deutschland – Russlands hat Lothar Eberhardt als ergänzenden Hintergrund auf das (wackelige) Video <https://www.youtube.com/watch?v=LFLN7mhY3qo> der **Rede** des kritischen SPD-Denkens **Erhard Eppler** (* 9. Dezember 1926; † 19. Oktober 2019) vom 22.6.2016 aus Anlass des **75. Jahrestages des Überfalles auf die Sowjetunion** hingewiesen. Die Rede findet sich auch als Text unter <https://darmstaedter-signal.de/meldungen/erhard-eppler-zum-75-jahrestag-des-kriegsbeginns/>. Damals organisiert von Kontakte-Kontakty e.V. zum geschichts-politischen Bezug zu der Frage der „sowjetischen Kriegsgefangenen“ aus der Perspektive aus 2016.



Die alte Geschichte göttlicher Kriegsunterstützung, hier als ukrainische Variante

NTV-Online 6. Mai 2024

+++ 10:49 Selenskyj: "Gott trägt ein Abzeichen mit der ukrainischen Flagge" +++ Zum orthodoxen Osterfest ruft der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Bevölkerung in einem emotionalen Appell zur Einheit auf und zeigt sich siegesgewiss. Die Ukrainer sollten füreinander beten, sagt der Präsident in einem Video auf Telegram, das ihn vor der Sophienkathedrale in Kiew zeigt. "Gott trägt ein Abzeichen mit der ukrainischen Flagge auf seiner Schulter. Mit einem solchen Verbündeten wird das Leben definitiv über den Tod siegen." Selenskyj ruft zu Gebeten für die Soldaten an der Front auf und betont, der Wille der Ukrainer könne nicht gebrochen werden. "Die Ukrainer knien nur im Gebet", sagt Selenskyj. "Und niemals vor Invasoren und Besatzern."

Palästina - Israel

Verwaltungsgericht Berlin verlangt Rechenschaft über Waffenlieferungen nach Israel

<https://www.anwalt.de/rechtstipps/verwaltungsgericht-berlin-verlangt-rechenschaft-ueber-waffenlieferungen-nach-israel-226131.html> 01.05.2024

In einem Verfahren betreffend einen Eilantrag von Betroffenen gegen Waffenlieferungen Deutschlands nach Israel (VG 4 L 44/24) hat das Verwaltungsgericht Berlin am letzten Freitag (26. April 2024) gegen die Bundesrepublik Deutschland eine Zwischenverfügung erlassen, in welcher das Gericht die Bundesregierung auffordert, bis zum 15. Mai 2024 darzulegen,

"auf welche Weise" sie "im Fall künftiger unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallender Waffenlieferungen nach Israel - jedenfalls so lange die Kampfhandlungen im Gaza-Streifen andauern - sicherzustellen beabsichtigt, dass die Erteilung der Genehmigung keine völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr 3 des Gesetzes gefährden würde."

Die Bundesregierung muss hierbei ihre bisherige Genehmigungspraxis einschließlich der zugrundeliegenden Erwägungen und "herangezogenen Erkenntnisquellen" beschreiben und erläutern, inwieweit sich die Militäroperationen Israels in Gaza und die Eilentscheidung des IGH im Fall Südafrika gegen Israel auf diese Genehmigungspraxis auswirken.

Weiterhin muss die Bundesregierung erläutern, wie die Lieferung von solchen Kriegswaffen, die in Gaza genutzt werden könnten, konkret zu beurteilen wäre, inwieweit die Bundesrepublik von Israel bereits Zusagen bezüglich des Einsatzes von aus Deutschland eingeführten Kriegswaffen eingefordert hat und inwieweit das künftig der Fall sein werde.

Das Gericht verpflichtet die Bundesregierung ferner, jegliche weitere unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden Waffenlieferungen nach Israel umgehend mitzuteilen, um dem Gericht zu ermöglichen, eine sogenannte "Hängeentscheidung" (einen Zwischenbeschluss) zu erlassen, der diese Waffenlieferungen untersagt.

Das Deutschland umgebende "dichte Geflecht" von internationalen und nationalen Rechtsvorschriften "einschließlich restriktiver Vorschriften für den Export von Waffen", welches den Internationalen Gerichtshof bewogen hat, "derzeit" von vorläufigen Maßnahmen gegen Deutschland abzusehen, scheint sich also tatsächlich - wenn auch in Gestalt der Gerichte - zu bewähren und man darf auf die Antwort der Bundesregierung gespannt sein.



Ein kleiner Beitrag gegen die aktuelle Behauptung, es sei doch „nicht so schlimm“

15. Mai TAZ-Online Tote in Gaza, Lisa Schneider

<https://taz.de/Tote-in-Gaza/!6007459/#:~:text=Nach%20Angaben%20der%20Dokumente%20wurden,besonders%20viele%20Frauen%20und%20Kinder.>

Wie viele Menschen wurden getötet?

Die humanitäre UN-Abteilung zählt knapp 35.000 Tote. Jetzt heißt es, dass nur 25.000 identifiziert sind. Es fehlen Angaben zu 11.200 Frauen und Kindern.

JERUSALEM *taz* | Alle paar Tage veröffentlicht die UN-Koordinierungsstelle für humanitäre Hilfe (Ocha – Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten) eine neue Übersicht zur humanitären Lage in Gaza . Seit Beginn des Krieges nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober publiziert sie eine regelmäßig aktualisierte Übersicht: Wie viele Menschen wurden getötet? Wie viele Krankenhäuser funktionieren in dem schmalen Küstenstreifen noch? Wie viele Gebäude wurden zerstört? [<https://www.ochaopt.org/crisis>]

Die Zahl der Menschen, die in Gaza getötet wurden, beläuft sich im neuesten Ocha-Update vom vergangenen Freitag auf 34.904 Menschen. Als Quelle dieser Zahlen von „berichteten Todesfällen“ gibt der Bericht das Gesundheitsministerium in Gaza an. In diesem Update schreibt die Ocha aber nicht mehr nur von 34.904 „berichteten“ Todesfällen, sondern schlüsselt das erstmals auf: es gebe 24.686 „identifizierte“ Getötete, davon 4.959 Frauen, 7.797 Kinder, 10.006 Männer und 1.924 Alte. Als Quelle ist das Ministerium für Gesundheit in Gaza angegeben, der Stichtag ist der 30. April. [<https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-217>]

Vor einigen Tagen hatte ein Telegram-Kanal des „Palästinensischen Gesundheitsministerium in Gaza“ vier Tabellen veröffentlicht, die für diese Angaben die Grundlagen liefern. Sie zeigen im Detail unter anderem die Namen, Ausweisnummern und Alter aller identifizierten Getöteten bis zum 30. April. Frauen und Kinder und ältere Menschen sind jeweils in eigenen Listen dokumentiert, die vierte zeigt die gesamten Todesfälle. Nach Angaben der Dokumente wurden demnach insgesamt 24.682 Tote in Gaza identifiziert, davon 4.960 Frauen, 7.796 Kinder und 1.924 ältere Menschen. Damit wird deutlich, dass die palästinensischen Behörden und die UN von über 10.000 nicht identifizierten Toten ausgehen – und darunter besonders viele Frauen und Kinder. Noch in ihrem Update vom 6. Mai hatte Ocha die Zahl der getöteten Frauen und Kinder unter den über 34.000 „berichteten“ Toten mit jeweils „über 9.500“ und „über 14.500“ angegeben. Dabei bezog sie sich auf die Medienbehörde des hamaskontrollierten Gebietes. Somit waren von den „berichteten“ Todesfällen rund 70 Prozent Frauen und Kinder. [<https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-213>]

Tausende weitere Tote sollen unter Trümmern liegen

In der geringeren Zahl der „identifizierten“ Getöteten liegt nun der Anteil der Frauen und Kinder bei 53 Prozent. Die Differenz zwischen den beiden Angaben beträgt somit bei den Frauen etwa 4.500, die der Kinder 6.700, zusammen also etwa 11.200. Das übersteigt die Differenz von etwa 10.000 Menschen zwischen den über 34.000 Toten insgesamt und den über 24.000 tatsächlich identifizierten Toten.

Unterschiede zwischen „berichteten“ und „identifizierten“ Todesfällen sind in Kriegsgebieten nicht ungewöhnlich. Im Falle Gaza wird das meist mit dem zeitintensiven Gegenprüfen mit dem Zivilregister der Palästinensischen Autonomiebehörde begründet. Nach Angaben von Ocha sowie der Autonomiebehörde sollen zusätzlich Tausende weitere Tote unter den Trümmern der bei Luftschlägen zerstörten Häuser liegen.

Immer wieder haben Medien über statistische Anomalien in den Todeszahlen aus Gaza berichtet. Die Nichtregierungsorganisation Action on Armed Violence (AoAV) erklärte im März: Die Qualität der Daten habe mit dem Fortlauf des Krieges nachgelassen. Das liege unter anderem an der stetigen Zerstörung des Gesundheitssystems in Gaza, so AoAV: Die meisten Krankenhäuser sind nicht mehr funktional. Die Todeszahlen bauen aber unter anderem auf den Angaben von Krankenhäusern und Ärzten auf. [<https://aoav.org.uk/2024/evaluation-of-war-related-deaths-in-gaza-discrepancies-and-data-quality-decline-after-october-26-evident/>]

Militarisierung

Die DFG-VK Flensburg wies am 4. März auf **atomwaffenfähige Tornados am Luftwaffenstandort im schleswig-holsteinischen Jagel** hin. Hier der Bericht aus der Aktivenliste und ein wenig „grenzüberschreitende“ Technikbegeisterung ...

Bereits vorletzten Sonnabend erschien in der Flensburg-Avis beiliegender Artikel, sind erst jetzt dazu gekommen, ihn zu übersetzen. Faszination Technik beim Überschallflug als Thema?

Gesundheitsschäden sind in dem Artikel nicht ausführlich genannt. Was völlig fehlt ist die militärische Bedeutung des Vorgangs. Laut Artikel handelt es sich nicht um einen ECR-Tornado, das wäre der für elektronische Kampfführung und Aufklärung, sondern um einen IDS-Tornado. Der IDS-Tornado ist der Atomwaffenträger für die nukleare Teilhabe. Wenn der nun mit Mach 2,2 fliegt wäre Kaliningrad 850 km in unter 20 Minuten, St. Petersburg 1600 Km in etwa 36 Minuten oder Moskau 1900 km in etwa 45 Minuten zu erreichen. Das ist für einen Atomschlag eine sehr kurze Vorwarnzeit und erhöht die Gefahr des Atomkrieges aus Versehen. In Jagel befindet sich ein einsatzfähiges Atomwaffenlager, das aber zur Zeit nicht bestückt ist. Die Ausbildung der Piloten am IDS-Tornado findet in Jagel statt.

Im Lärmschutzgutachten für den Ausbau des Standortes Jagel sind Überschallflüge nicht erwähnt und die gesundheitlichen Auswirkungen des Überschallknalls wurden nicht berücksichtigt.

Beim Ostermarsch am Karfreitag vom Bahnhof Schleswig ab 12.00 Uhr zum Standort Jagel gibt es einen Beitrag zum Thema Aufrüstung der EU mit Atomwaffen. Demgegenüber fordern wir die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages von der Bundesregierung und Ratifizierung durch den Bundestag. Wir bitten um rege Beteiligung, Weiterverbreitung der Einladung und um Veröffentlichung in den Medien.

Die Dateien Überschallflug in der Anlage enthalten den Avis-Artikel und die Übersetzung. Die Dateien Ostermarsch enthalten die Einladung zum Ostermarsch zum Lesen und Ausdrucken.

Hier die Übersetzung des Flensburg-Avis-Artikels:

Jagdflugzeug brachte Tassen zum klirren

Ein Panavia Tornado IDS Militärflugzeug sorgte für einen ordentlichen Knall über Schleswig-Holstein.

Das Panavia 200 Tornado IDS Militärflugzeug der deutschen Luftwaffe durchbrach die Schallmauer mit gewaltiger Geschwindigkeit und verursachte einen lauten Schallknall, der in großen Teilen der Region zu hören war. Überschallgeschwindigkeit beginnt bei ungefähr Mach 1 entsprechend 1235 km/h oder 343 Meter pro Sekunde unter Standardbedingungen bei Meeresspiegelniveau. Die Bewohner berichteten von vibrierenden Häusern, klirrenden Tassen, schwingende Lampen, ein Phänomen, was in den letzten Jahrzehnten nicht zu bemerken war. Es ist selten, dass Militärflugzeuge die Schallmauer durchbrechen, da Überschallflüge über bewohntem Gebieten streng reguliert sind in vielen Ländern aufgrund der dazugehörigen Lärmverschmutzung und den möglichen Schäden.



Die maximale Geschwindigkeit eines Tornados ist Mach 2,2, das entspricht einer Geschwindigkeit von 2717 km/h. Der Vorgang wurde viel in den sozialen Medien diskutiert, dort waren viele Berichte und Spekulationen über die Ursachen des Überschallfluges zu finden. Experten erinnerten daran, dass solche Manöver normalerweise nur dem Spezialtraining oder Notsituationen vorbehalten sind. Tactical Air Wing 51 hat bis jetzt nicht den Vorgang öffentlich kommentiert, aber es wird erwartet, dass eine Erklärung den Hintergrund und die Motive für den Flug aufklärt. Überschallflüge waren einmal ein Symbol für technologischen Fortschritt und Geschwindigkeit, aber sind nun in den Hintergrund gerückt wegen der Wirkung auf Umwelt und Bevölkerung.

Aber die Begebenheit in Schleswig-Holstein hat gezeigt, dass die Faszination und die Herausforderungen bei Überschallflügen immer noch existieren.



IMI - Informationsstelle Militarisierung

Die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen bietet jede Menge Material, Informationen und Positionen zu unseren Themen an. Ihr findet die IMI unter www.imi-online.de

Aktuell schreibt die IMI Leider verläuft die Rüstungsspirale derart rasant, dass wir uns wieder gezwungen sahen, unser Factsheet „Rüstung“ erneut grundlegend zu überarbeiten. Jetzt finden sich neben aktualisierten Zahlen zur Rüstungsindustrie, Rüstungsexporten und dergleichen unter anderem auch Informationen zum „Sondervermögen“ der Bundeswehr und der Debatte um Sozialkürzungen zur Finanzierung des aktuellen Rüstungsschubes.

Das Factsheet kann wie immer kostenlos hier heruntergeladen werden:

<https://www.imi-online.de/2024/03/05/ruestung-5/> (dort finden sich auch die einzelnen Grafiken zur eigenen Weiterverwendung). Außerdem kann das Factsheet kostenlos in Print für Büchertische etc. im Materialshop der DFG-VK bestellt werden: <https://shop.dfg-vk.de/?product=factsheet-ruestung-februar-2024>

Auf einen kleinen Unterschied zwischen Print- und Onlinefassung möchten wir noch hinweisen: Bis zum Redaktionsschluss der Printausgabe gingen wir noch davon aus, dass dem Sondervermögen 2024 die Summe von 19,2 Mrd. Euro entnommen werden sollen. Tatsächlich sind jetzt aber 19,8 Mrd. geplant, was wir im PDF (und in der Grafik) geändert haben.

Wir bemühen uns sehr, unser Material wenn irgend möglich kostenlos oder zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen – dies ist aber nur möglich, durch die Unterstützung unserer Mitglieder. Deshalb freuen wir uns sehr über jede Form der Unterstützung!

Bei „Maybrit Illner“ ZDF 22. 2.24 wendet sich Top-Ökonom Fuest direkt an Lang: „Kanonen und Butter, das ist Schlaraffenland“

Laut Fuest zeige ein Blick in die Vergangenheit: „Wenn man mehr für das Militär ausgeben musste, dann blieb eben weniger für andere Dinge“. Dann wendet er sich direkt an Ricarda Lang. Er verstehe den Wunsch, dass man nicht sagen wolle: „Tut mir leid Leute, wir kürzen jetzt unseren Sozialstaat zusammen“. Deutlich stellt Fuest aber fest: „**Aber das wird so sein. Kanonen und Butter – es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht**“. Stattdessen geht Fuest fest von Einbußen, als „**Kanonen ohne Butter**“, wie er sagt, aus. „Die Verschuldung kann das nicht verhindern.“

Zustimmung gab es von Fuest dann für **Christian Lindner**: „Mehr produzieren, das ist der einzige Weg hier raus, wenn wir wollen, dass wir unseren Sozialstaat weiter finanzieren können“. Beruhigende Worte gab es dann aber auch noch für alle, die es mit der Sicht von Ricarda Lang halten. Fuest sei sich sicher, dass man den deutschen Sozialstaat „weiter finanzieren“ kann – „aber er wird halt kleiner ausfallen“. (han) aus *Merkur.de*

IMI-Mitglied werden ist auch online möglich, hier geht's zur Mitgliederseite (wo sich auch Printformularen finden): <https://www.imi-online.de/mitglied-werden/>

Unsere Sonderseite zum Sondervermögen der Bundeswehr, auf der wir u.a. versuchen, Informationen zu sämtlichen hierüber finanzierten Projekten zusammenzutragen, ist soeben noch einmal umfangreich aktualisiert worden. Erstmals findet sich nun auch eine Übersicht über die Projekte im Bereich der Digitalisierung der Bundeswehr: <https://www.imi-online.de/2023/11/15/das-sondervermoegen-der-bundeswehr/>



Quadriga 24 – Riesen-Manöver von Bundeswehr und NATO: „Werden der Bevölkerung einiges zumuten“

24.04.2024, 19:01 Uhr, Von: Nadja Zinsmeister, FR

Die Bundeswehr startet ihre große Abschlussübung der Quadriga 24. Deutschlands höchstrangiger Soldat kündigt Auswirkungen auf den Alltag an.

Berlin – Die Bundeswehr bewegt sich auf das Ende und damit auf die Hochphase der deutschlandweiten Übungsserie Quadriga 2024 zu. In den kommenden Wochen sollen im Rahmen der vierten und letzten militärischen Übung „Grand Quadriga“ Soldaten und Soldatinnen der 10. Panzerdivision der Bundeswehr und Gefechtsfahrzeuge von Deutschland nach Litauen verlegt werden. In dieser Zeit werde man „der Bevölkerung schon einiges zumuten“, sagt der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, am Montag (22. April).

Bundeswehr kündigt an: Letzte Übung der Quadriga 24 wird Auswirkungen auf Alltag in Deutschland haben

„Heute fällt gewissermaßen der Startschuss für diese sichtbare Hochphase auf dem Weg zur Abschlussübung“, teilte Breuer während einer Pressekonferenz in Berlin mit. „Das Übungsgeschehen hat Auswirkungen auf unseren Alltag in Deutschland, sowohl bei den Verlegungen, die jetzt stattfinden, als auch später bei den Rückverlegungen“. Sowohl im Schienen- als auch Straßenverkehr werde es in den kommenden Wochen lauter und voller zugehen. Bürgerinnen und Bürger müssten sich darauf einstellen, mehr Bundeswehr-Truppen als gewöhnlich zu begegnen. „Aber ich denke, das ist die Zeitenwende, mindestens mal die militärische Zeitenwende“, fügte er hinzu.

Laut Breuer sei es vor allem in diesen Zeiten wichtig, mithilfe Quadriga 24 Schritte in Richtung Kriegstüchtigkeit zu machen und mögliche Aggressoren abzuschrecken.

Dafür müsse die Bundeswehr nun „üben, üben und nochmals üben“. Einerseits sollen Soldatinnen und Soldaten auf der persönlichen Handlungsschiene geprüft werden. Zum anderen werde auf größerer Ebene die Koordinierung deutscher Streitkräfte im Ausland geübt.

Bundeswehr verlegt Truppen an die Ostflanke der Nato-Gebiete: Quadriga 24 geht in die Abschlussphase

Deutschland stellt aufgrund seiner geographischen Lage eine „logistische Drehscheibe“ in der Nato dar. Es eignet sich demnach als guter Ausgangspunkt für die Aussendung von Truppen. Um die Abschreckung möglicher Aggressoren an der Ostflanke des Nato-Gebiets zu demonstrieren, wurden in der vierteiligen Übungsserie Quadriga 24 in den vergangenen Monaten rund 12.000 Streitkräfte und 3.000 Fahrzeuge der Bundeswehr in die Länder Norwegen, Polen, Ungarn und Rumänien verlegt. Im Mai steht als Abschlussübung das Zielland Litauen bevor.

Quadriga 2024 ist die größte Übung deutscher Streitkräfte seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Sie ist wiederum Teil der Nato-Großübung „Steadfast Defender 2024“. Alle 32 NATO-Mitgliedstaaten üben eine Alarmierung nach dem Bündnisfall, eine Vorbereitung auf militärische Einsätze, das Verlegen großer Truppenteile in die Einsatzräume und die Abwehr eines möglichen Aggressors im

Gefecht. Nach Angaben der Bundeswehr ist „Steadfast Defender“ das größte NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges vor rund 35 Jahren. (nz)



Kriegsdienst & Verweigerung

KDV-Beratung aktuell

Der Kriegsdienst und seine Verweigerung rücken wieder mehr in das Bewusstsein von Reservisten, jungen Menschen und deren Eltern. Ob es mehr /viele werden, bleibt abzuwarten.

Deutlich ist aber, dass das Beratungsnetz von DFG-VK und EAK maximal lückenhaft ist. Von den Aktiven der Bremer Gruppe und im LSK habe nur ich (und vor langer Zeit zur Zeit der mündlichen Verhandlungen) KDV'er beraten. Die früheren Aktiven incl. der Anwälte sind im Ruhestand.

Deshalb habe ich mich in den vergangenen Monaten „auf Stand“ gebracht und habe begonnen, Kriegsdienstverweigerer zu beraten. Da wir bisher für Niedersachsen und Bremen gar keine aktuelle Anlaufstelle hatten, steht jetzt bundesweit die Email der Gruppe Bremen bremen@dfg-vk.de als Beratungsanschrift in der Homepage der DFG-VK, hinzu soll nach die des Landesverbandes für Niedersachsen nds-hb@dfg-vk.de kommen.

Über beide Email-Adressen landen die Beratungsanfragen zurzeit bei mir und **ich suche Aktive, die in Zukunft an den unterschiedlichen Orten als BeraterInnen ansprechbar sind**. Bitte meldet Euch bei mir! Ihr bekommt dann natürlich aktuelle Informationen und Materialien. Aktuell braucht ihr Euch nicht zu sorgen, überrannt zu werden...

Zwei Dinge sind mir aufgefallen:

Es kursierte noch eine uralte Liste im Netz, die in vielen Fällen Ratsuchende ins Abseits geleitet hat. Ich bin dabei, die Personen nach Möglichkeit zu kontaktieren, sie nach ihrer Ansprechbarkeit zu fragen und zumindest auf die aktuelle Beratungsmöglichkeit zu verweisen.

Zahlreiche Versuche, einen meiner Email-Accounts zu knacken, haben mich veranlasst, meine privaten Kontaktdaten nicht mehr zu veröffentlichen. In den aktuellen Beratungsfällen hat sich jedoch gezeigt, dass telefonische Rücksprachen möglich sein müssen. Dies ist aktuell unter 0421- 55 764 33 (am besten Mo. - Fr., 17-18 Uhr) möglich (wenn ich da bin – also ggf. an unterschiedlichen Tagen versuchen). (Jo)



BUNDESWEHR AN SCHULEN

In Bremen, so der zuständige Jugendoffizier, sei er bisher nicht in Schulen eingeladen worden. In Niedersachsen verzeichnet die Bundeswehr steigende Zahlen. Deshalb erreichte uns eine Anfrage aus Lilienthal (unmittelbar vor den Toren Bremens)

Zunächst mit der Bitte, jemanden zu einem Termin mit einem Jugendoffizier im Politikkurs 11. Klasse Gy zu schicken. Schließlich wurde es der ganze 11. Jahrgang des Gymnasiums mit 130 Schülern in Anwesenheit von Radio Bremen Fernsehen und Hörfunk.

Wir haben diskutiert, ob es richtig ist, sich dieser Herausforderung zu stellen. Ich habe mich mit einigem Bauchgrummeln entschieden, mich darauf einzulassen. Mich auf alle Eventualitäten vorzubereiten, hat mich ziemlich viel Zeit gekostet. Meine letzte „offizielle“ Begegnung mit einem Jugendoffizier lag ca. 40 Jahre zurück und ich musste mich auf persönliche Betroffenheiten und öffentliche und veröffentlichte Meinungen vorbereiten.

Das Fazit ist positiv, auch weil mir viele Konflikte erspart blieben und Radio Bremen objektiv blieb. Das muss ja nicht immer so sein... Der Jugendoffizier wird sich auf mich oder andere VertreterInnen der Friedensbewegung, Medien und Lehrkräfte werden anders Einfluss nehmen, es wird persönlich betroffene SchülerInnen geben.

Die Bedeutung von Werbeveranstaltungen* der Bundeswehr in Schulen wird deutlich durch die Initiativen, die Besuche in Richtlinien der Bundesländer zu verankern. Und deutlich durch die Anwesenheit eines hochrangigen Offiziers und der Pressesprecherin der Bundeswehr (und des Rektors des Gymnasiums).* ach so: Der Jugendoffizier wollte nur informieren, werben dürfe er gar nicht ... Er habe ein „Überwältigungsverbot“...

Wenn ihr Informationen haben wollt > Meldet Euch gerne! Es könnten mehr Anfragen kommen und es wäre gut, wenn wir genug Leute haben, die „dagegen halten“! (Jo)



Bundeswehr: Immer mehr Jugendoffiziere an Schulen **Jugendoffiziere an Schulen: Wenn die Bundeswehr ins Klassenzimmer kommt**

von Jan-Frederik Fischer, Victoria Kunzmann, 08.05.2024 | 15:09

Während die Bundeswehr dringend nach neuem Personal sucht, gibt es immer mehr Vorträge von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen. Kritiker sehen darin versteckte Werbung.

Bundeswehr an Schulen

Immer mehr Schulen laden Soldaten ein, um als Experten über Sicherheitspolitik zu sprechen. Die Bildungsgewerkschaft GEW sieht dies kritisch. 22.04.2024 | 2:05 min

Die Bundeswehr hat ein Nachwuchsproblem. Als Reaktion darauf will die CDU zurück zur Wehrpflicht. "Das wäre ein sichtbares Zeichen an Russland und auch an andere, dass wir auch bereit sind von Deutschland aus, unseren Heimatschutz, die Verteidigung unseres Vaterlandes auch ernsthaft umzusetzen", sagte Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, beim CDU-Bundesparteitag. Als Vorbild gilt das sogenannte Schweden-Modell: Dabei wird ein ganzer Jahrgang gemustert, aber nur die Zahl an Rekruten eingezogen, die die Bundeswehr jeweils benötigt. Ob und in welcher Form die Wehrpflicht zurückkommt: unklar. Dennoch bemüht sich die Politik auch anderweitig, nicht zuletzt wegen der Zeitenwende, die Bundeswehr attraktiver zu machen.

Bildungsministerin will "unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr"

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hatte die Schulen jüngst dazu aufgerufen, ein "unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr" zu entwickeln. Und ergänzte: Ich halte es für wichtig, dass Jugendoffiziere in die Schulen kommen und berichten, was die Bundeswehr für unsere Sicherheit tut.

Während die Bundeswehr schrumpft, wachsen die Aufgaben. Dazu kommt die Konkurrenz mit der Wirtschaft: Für den Nachwuchs gibt es attraktive

Alternativen. Wer will noch zur Truppe? 03.08.2023 | 1:43 min

Bundeswehr seit 1958 an Schulen

Die Idee von Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) ist nicht neu: Schon seit 1958 halten Jugendoffiziere der Bundeswehr Vorträge an deutschen Schulen. Diese kennzeichnet:

- * sie finden nur auf Einladung des Lehrers statt
- * richten sich an die Klassen 9 bis 13
- * behandeln Themen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr.

Ukraine-Krieg: Interesse an Jugendoffizieren wächst

In Deutschland gibt es derzeit mehr als 90 Jugendoffiziere - und ihre Arbeit ist gefragter denn je. Denn seit dem Ukraine-Krieg und der von der Politik ausgerufenen "Zeitenwende" steigt das Interesse deutlich an. Allein im Jahr 2022 gab es mehr als 4.000 Vorträge. Tendenz steigend. Für die Bundeswehr ist das auch eine Chance in einer Zielgruppe Präsenz zu zeigen, mit der sie seit dem Ende der Wehrpflicht eher selten Berührungspunkte hat.

Jugendoffiziere an Schulen

In Freiburg ist derzeit auch Jugendoffizier Heiko von Ditfurth unterwegs. 90 Minuten lang hält der Kapitänleutnant einen Vortrag über die EU, NATO, Migration oder die Rolle der Bundeswehr. Die Schüler können freiwillig teilnehmen. Statt hierarchischen Titeln gilt dann das "Du" und statt trockenen Infos, gibt es interaktives Arbeiten.

Baden-Württemberg: Werbung für Bundeswehr an Schulen tabu

Obwohl die Themenpalette breit ist und gemeinsam diskutiert werden soll, vermeidet von Ditfurth eines zu machen: Werbung für die Truppe. Denn das ist durch eine sogenannte Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Bundeswehr seit 2009 verboten: Die Jugendoffiziere dürfen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben.

Kooperationsvereinbarung

Vergleichbare Regelungen gibt es auch in anderen Bundesländern. Bei Nachfragen verweist von Ditfurth stets auf das Karrierecenter der Armee.

Was hingegen erlaubt ist: Persönliche Fragen zu stellen. Etwa so wie eine Schülerin, die wissen möchte, warum von Ditfurth bei der Bundeswehr geblieben ist. Der Jugendoffizier erwidert: Ich war persönlich der Meinung, dass ich ein Teil zu Deutschland beitragen möchte.

Kritik an Schulbesuchen von Gewerkschaft GEW

Es sind solche Momente, die aus Sicht von Kritikern die Erklärung der Bundeswehr - es gebe keine Werbung von Jugendoffizieren - in Frage stellen. Vor allem jetzt, wo die Truppe für die Zeitenwende dringend Nachwuchs benötigt.

So spricht die Gewerkschaft "GEW" im Zusammenhang mit den Besuchen von "Werbung". Gegenüber ZDFheute erklärt die baden-württembergische GEW-Chefin Monika Stein: Wenn die Bundeswehr mit Jugendoffizieren in Schulen kommt, in schicken Uniformen, dann ist es allein durch diese Tatsache schon ein Werbeeffekt.

Monika Stein, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stein sieht auch ein Problem in der angesprochenen Zielgruppe. Denn immer mehr Rekruten der Bundeswehr seien unter 18 Jahre alt. Zudem kritisiert sie:

- * dass Lehrkräfte eigentlich für die Informationsvermittlung zuständig seien
- * dass zu wenig oder gar nicht über Kampfeinsätze gesprochen werde

* dass die Vorträge allein gehalten würden.

Lehrer weist Kritik an Besuchen von Jugendoffizieren zurück

Der zuständige Lehrer der Freiburger Schule, Michael Walter, will die Kritik nicht stehen lassen. Er findet, dass die Schüler mündig seien und sich selbst ein Urteil bilden könnten. Ich habe keine Sorge, dass wenn ich irgendjemand einlade hier, dass die dann überwältigt werden von deren Ansichten.

Zugleich zeigt er sich aber offen dafür, dass Friedensaktivisten künftig bei Vorträgen mit dabei sein könnten - auch, wenn es jetzt schon andere Vorträge gebe, bei denen jeweils verschiedene Experten vor Ort seien.

Darüber diskutieren Hauptmann David Matei, Jugendoffizier der Bundeswehr und Michael Schulze von Glaßer, Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft. 07.03.2024 | 11:54 min

quelle:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundeswehr-schule-jugendoffizier-100.html>



KRIEG IN EUROPA: WAS GESCHIEHT MIT DEN KRIEGSDIENSTVERWEIGERERN?

Das European Bureau for Conscientious Objection EBCO mit Sitz in Belgien hat den Jahresbericht "Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Europa 2023/24" am 15. Mai, dem internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, veröffentlicht.

Der Bericht ist auf der EBCO-Website (www.ebco-beoc.org) online verfügbar. Alle Präsentationen sowie die Videoaufzeichnung der Pressekonferenz (von Mirko Popovitch) und Fotos (von Jan Van Criekinge und Sam Biesemans) sind auf der EBCO-Website (www.ebcobeoc.org/node/623) verfügbar. **Aus der Pressemitteilung:**

Im zweiten Jahr wird dieser Bericht zwangsläufig vom Krieg in der Ukraine dominiert; einen Großteil des Platzes nehmen Berichte über die Entwicklungen in der Ukraine, Russland und Belarus sowie die Situation der Flüchtenden aus diesen Ländern ein. EBCO arbeitet weiter bei der **#ObjectWarCampaign** mit, die gemeinsam von Connection e.V., War Resisters' International (WRI), International Fellowship of Reconciliation (IFOR) und dem European Bureau for Conscientious Objection (EBCO) ins Leben gerufen wurde.

Dieser Jahresbericht erfasst die Entwicklungen von 2023 bis Anfang April 2024. Es mag überraschen, dass wir nicht über den **Konflikt in Gaza** seit Oktober 2023 und die Kriegsverbrechen berichten, die die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit beherrschen. EBCO ist natürlich solidarisch mit den israelischen Kriegsdienstverweigerern und allen Opfern dieses bewaffneten Konflikts, und EBCO-Mitglieder haben eine Reihe von Aktivitäten zur Unterstützung der israelischen Kriegsdienstverweigerer und gewaltloser Aktivisten auf beiden Seiten für einen gerechten Frieden organisiert bzw. daran teilgenommen. Israel/Palästina fällt jedoch nicht in die Region des Europarates und hat daher in diesem Bericht keinen Platz.

Ebenso gibt es eine Reihe von Konflikten in anderen Ländern - **Sudan, Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Myanmar** -, die ebenso viele oder sogar noch mehr Todesopfer fordern, aber viel weniger Beachtung finden, aber auch diese liegen außerhalb unseres Mandats.

In Europa ziehen die Wolken des Krieges herauf. Nicht nur in den kriegführenden Ländern und in Belarus, das sich anschickt, Russland direkt zu unterstützen, wird über Kriegsvorbereitung gesprochen, über die Erhöhung der Militärausgaben, Rekrutierung (z.B. Dänemark), die Wiedereinführung der Wehrpflicht (z.B. Lettland) oder ihre Ausweitung auf Frauen. Das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes gerät selbst in Gefahr.

Letztes Jahr berichteten wir über den Fall **Tetlianikov gegen Litauen**, in dem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte feststellte, dass der seit der Wiedereinführung der Wehrpflicht im Jahr 2014 angebotene Zivildienst faktisch ein unbewaffneter Militärdienst ist. Auch in anderen Ländern, vor allem in **Lettland und Schweden**, und nach erneuten Vorschlägen in der **Schweiz** ist die Rede davon, den Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer enger mit dem Zivilschutz zu verbinden und damit in das System der nationalen Kriegsvorbereitung zu integrieren. Militärische Ausbildungsprogramme werden innerhalb des Sekundarschulsystems eingeführt und ausgebaut, meist ohne die Möglichkeit der Verweigerung. Es handelt sich um freiwillige - oder im Falle **Frankreichs** (Service National Universel) um potentiell verpflichtende - Programme für Jugendliche, die auf die militärische Rekrutierung vorbereiten und diese fördern.

In Friedenszeiten bezieht Kriegsdienstverweigerung ihre Berechtigung aus dem Fakt, dass die Existenzberechtigung der Streitkräfte darin besteht, sich auf den Krieg vorzubereiten. Es ist daher paradox, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung genau dann bedroht ist, wenn sich ein Krieg abzeichnet. Mit Blick auf die tatsächlichen und potenziellen Risiken in dieser Hinsicht haben wir im diesjährigen Bericht einen wichtigen neuen Abschnitt über "Kriegsdienstverweigerung in Zeiten des Krieges oder eines anderen nationalen Notstands" eingefügt.

In einem weitaus größeren Ausmaß als je zuvor müssen wir über die **Schikanierung von EBCOMitgliedern und Mitwirkenden an diesem Bericht** wegen ihrer Arbeit im Zusammenhang mit EBCO berichten. In der Ukraine wurde Yuri Sheliashenko, Generalsekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und EBCO-Vorstandsmitglied, unter ständigen Hausarrest gestellt. Sein Computer und Smartphone wurden beschlagnahmt, während der Staatssicherheitsdienst gegen ihn ermittelt, offenbar unter dem lächerlichen Vorwurf der "Rechtfertigung der russischen Aggression"; das ukrainische Justizministerium hat ein Verbot der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung eingeleitet. In Russland wurden die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Russland und ihr Leiter, EBCO-Vorstandsmitglied Saša Belik, zu "ausländischen Agenten" erklärt, was ihre Möglichkeiten, Gelder zu beschaffen und zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern tätig zu werden, stark einschränkt. Und Olga Karatch, Leiterin der belarussischen Organisation "Unser Haus" und EBCO-Vorstandsmitglied, der im Falle ihrer Rückkehr nach Belarus eine lange Haftstrafe droht, weil sie sich offen gegen das Regime engagiert hat, sieht ihre Zuflucht in Litauen bedroht, weil die Behörden sich weigern, ihr Asyl zu gewähren, offenbar weil sie sich unermüdlich für Belarussen einsetzt, die vor einer möglichen Mobilisierung zum Militär fliehen.

Inmitten dieser neuen und zunehmenden Bedrohungen dürfen wir auch nicht die anhaltende Verweigerung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in **Aserbaidschan** und der Türkei vergessen, wo diejenigen, die den Wehrdienst verweigert haben, weiterhin in einem unbegrenzten Zustand des zivilen Todes leben.

Lassen Sie uns jedoch mit einer positiven Anmerkung schließen, indem wir über ein weiteres Urteil des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte** in einem Kriegsdienstverweigerungsfall gegen die Türkei berichten. Dieses bezieht sich auf die selbsternannte "Türkische Republik Nordzypern", die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in einem Fall verweigert, der Murat Kanatli, EBCOVorstandsmitglied und Ko-Koordinator der Initiative für Kriegsdienstverweigerung in Zypern, betrifft. Es handelt sich um einen Fall, der in der internationalen Rechtsprechung neue Wege beschreitet und eindeutig bestätigt, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sowohl für die Mobilisierung von Reservisten als auch für die erstmalige Einberufung gilt.



Kriegsdienstverweigerung in Israel

ANISIRAVTI, EINE NEUE VERWEIGERERINITIATIVE,, GESCHICHTEN DES WIDERSTANDS | VERWEIGERER-SOLIDARITÄTSNETZWERK

<https://www.refuser.org/refuser-updates/2024/3/17/a-new-refuser-initiative-anisiravti-stories-of-resistance-refuser-solidarity-network>

Ich freue mich, Ihnen eine Initiative vorstellen zu können, die nicht nur mir am Herzen liegt, sondern auch eine Initiative, die das Refuser Solidarity Network unterstützt, da sie die Erfahrungen vieler von uns in der Organisation als Menschen, die ihren Militärdienst verweigert haben, tief widerspiegelt. AniSiravti, „Ich weigerte mich“ auf Hebräisch, ist eine Widerstandsinitiative, eine Gemeinschaft und eine Sammlung von Zeugnissen israelischer Männer und Frauen, die sich entschieden haben, ihren obligatorischen Reservedienst als politischen und öffentlichen Akt des Widerstands gegen die Besatzung und den Krieg zu verweigern auf Gaza.

.... *Spendenmöglichkeit siehe Website* Monatliche Spenden geben uns die Stabilität, die wir brauchen, um unsere Arbeit zu planen: Aktivisten in Israel zu verstärken und zu unterstützen.

Tom Mehagar, der Gründer des Projekts, Aktivist, Partner und Vater, wurde 2003 zu vier Wochen Militärgefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, als Reservesoldat zu dienen. Wie die meisten Israelis und Palästinenser im Land wachte er mit seiner Partnerin und seiner Tochter in Tel Aviv auf, als eine Reihe von Sirenen heulten. Nur wenige Stunden später beobachtete er das schreckliche Massaker im Süden und postete bereits auf Facebook seine Vorhersagen und Befürchtungen vor einem weiteren schweren Militäreinsatz in Gaza, der noch bevorsteht. Er schreibt:

„Ich begann, die Moral und Logik der Besatzung in Frage zu stellen, nachdem ich meinen vollen Militärdienst abgeleistet hatte. Während meines obligatorischen Reservedienstes diente ich als Kommandeur einer Artillerieeinheit an einer Straßensperre im Westjordanland. Als mir klar wurde, dass der Hauptzweck meiner Arbeit darin bestand, durchreisende Palästinenser zu schikanieren und zu demütigen, entschied ich, dass ich nicht Teil dieses unmenschlichen Militärsystems sein wollte und weigerte mich, weiterhin zu dienen.

Israel errichtet über dem palästinensischen Volk eine Militärdiktatur, begeht Menschenrechtsverletzungen, Kollektivstrafen und eine Belagerung des Gazastreifens. Zu Beginn des Krieges dachten einige Verweigerer und ich darüber nach, eine Plattform zu schaffen, auf der Verweigerer gemeinsam ihre Entscheidung zur Verweigerung erklären

können. Obwohl wir aus dem Reservedienst entlassen wurden, nutzen wir diese Plattform, um eine moralische Haltung einzunehmen. Zu verkünden: Wir haben uns in der Vergangenheit geweigert und würden uns auch heute wieder weigern, selbst nach dem siebten. Die Menschen müssen unsere Stimmen hören und wissen, dass wir glauben, dass es in der israelischen Gesellschaft rote Linien geben muss. Was heute in Gaza passiert, ist schrecklich und wir glauben nicht, dass dieses Ausmaß an Tötung und Hunger irgendjemandem Sicherheit oder die Rückkehr der Geiseln bringen wird.“

Ich möchte Ihnen die Aussage von Yonatan Shapira, einem Mitverweigerer des Projekts, mitteilen:

„Wir haben gezielte und vorsätzliche Tötungen und Morde an Zivilisten durchgeführt. Zuerst habe ich versucht, es mir auf unterschiedliche Weise zu erklären ... Ich hatte keinen direkten Kontakt zu den Tötungshandlungen, ich war Such- und Rettungspilot. Aber irgendwann konnte ich verstehen, dass es keine große Rolle spielt, ob ich den „sauberen Job“ mache oder den weniger schrecklichen, und ein Pilot einer anderen Staffel schießt mitten in der Nacht und schlachtet eine ganze Familie ab. Diese Dinge erschreckten mich und einige andere Piloten der damaligen Luftwaffe. Später wurde ein Brief organisiert, der als „Pilotenbriefe“ bekannt wurde. Wir erklärten, dass wir uns weigern, weiterhin Teil der Unterdrückung, Besatzung und Ermordung von zu sein unschuldige Menschen. Das war vor 21 Jahren und wir sprachen hier und da über Einzelfälle, eins, zwei, zehn, fünfzehn, zwanzig Menschen, einige Kinder hier, einige Kinder dort. Wenn Israel heute in Gaza einen Völkermord in vollem Umfang verübt, bei dem etwa dreißigtausend ermordet werden, über zehntausend Kinder, wer weiß, wie viele Tausende unter dem Rubel liegen, einige tot, andere langsam an Hunger und Verletzungen sterben, ist klar, dass ich es tun würde lehne auch heute ab.“

Diese Widerstandsgeschichten müssen gehört werden und AniSiravti hat die Macht, sie ans Licht zu bringen. Bitte helfen Sie uns mit einem monatlichen Spendenplan, um unsere Arbeit aufrechtzuerhalten und diese neue Gemeinschaft von Kriegsverweigerern im Reservedienst aufzubauen und zu unterstützen....

Maya Eshel, Koordinator für internationale Solidarität, Verweigerer-Solidaritätsnetzwerk



Ukrainekrieg und ein Urteil des Europäischen Menschengerichtshof zugunsten eines nordzyprischen Kriegsdienstverweigerers

Guido Grünwald informierte im April 24 über Entwicklungen der letzten Wochen

Olga Karrach und Ehemann Oleg Borschtschewski

Die konzertierten Proteste gegen die drohende Abschiebung des belarussischen Journalisten Oleg Borschtschewski, Ehemann von Olga Karrach, erfolgreich waren. Olga selbst (Leiterin von Nash Dom) ist allerdings weiter bedroht: in Belarus wurden am 15. März weitere 3 Strafverfahren gegen sie eingeleitet.

Ukraine und Krieg

Die politisch motivierte Verfolgung von Yurii Sheliashenko geht weiter. Nachdem bisher alle seine Beschwerden und Rechtsmittel ins Leere gelaufen sind, hat Yurii Ende März formelle Beschwerde beim Europäischen Menschengerichtshof (ECHR) eingereicht.

Wie die Plattform Kyiv Independent berichtet, erklärten bei einer Meinungsumfrage 54% der Teilnehmenden: „Diejenigen, die die Mobilisierung vermeiden, können verstanden werden – niemand möchte sterben.“ Gleichzeitig erklärten 43%, sie schämten sich für Männer, die sich der Mobilisierung entziehen.“ Die Umfrage wurden in der ersten Märzhälfte in den nicht russisch besetzten Gebieten der Ukraine durchgeführt.

<https://kyivindependent.com/poll-motivation-draft-evaders/>

Die Zeitung LeFigaro berichtet, dass Frankreich 2024 insgesamt 19 russischen Deserteuren Asyl gewährt hat.

<https://www.lefigaro.fr/international/guerre-en-ukraine-la-france-a-accorde-l-asile-a-19-deserteurs-de-l-armee-russe-en-2024-20240322>

Die Nachricht aus dem Englischen per Google übersetzt

Frankreich gewährt 2024 19 Deserteuren der russischen Armee Asyl

Die Vereinbarung über den Flüchtlingsstatus für russische Staatsangehörige basiert auf einer europäischen Richtlinie vom 13. Dezember 2011 und einem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 26. Februar 2015.

Der Flüchtlingsstatus wurde im Juli 2023 vom Nationalen Asylgericht für russische Soldaten anerkannt, die sich weigerten, in der Ukraine zu kämpfen.

Neunzehn russischen Staatsangehörigen wurde seit Jahresbeginn in Frankreich Asyl gewährt, teilte das Nationale Asylgericht (CNDA) am Freitag mit, das im Juli russischen Soldaten, die sich weigerten, in der Ukraine zu kämpfen, grundsätzlich den Flüchtlingsstatus zuerkannte. Den Entscheidungen des Gerichts zufolge seien „zwischen dem 1. Januar und Mitte März 2024 19 Asylanträgen stattgegeben worden“, teilte CNDA der AFP am Freitag mit.

Im Juli verabschiedete das Gericht eine Doktrin, wonach russischen Staatsangehörigen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird, „die nachgewiesen haben, dass im Falle ihrer Rückkehr nach Russland ein persönliches Verfolgungsrisiko besteht, weil sie sich einer teilweisen Mobilisierung im Rahmen des von Russland geführten Krieges widersetzt haben“. der russischen Streitkräfte gegen die Ukraine“.

Europäische Richtlinie:

Diese Doktrin, die erste in Frankreich bezüglich Deserteuren der russischen Armee, basiert auf einer europäischen Richtlinie vom 13. Dezember 2011 und einem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 26. Februar 2015. Der Gerichtshof hatte den Asylantrag von dennoch abgelehnt ein Russe, der sich als Deserteur ausgab, da er der Ansicht war, „dass die vorgelegten Aussagen und Dokumente nicht bewiesen, dass der Beschwerdeführer im Zusammenhang mit dem Krieg“ Russlands in der Ukraine mobilisiert worden war.

„Um Schutz im Rahmen des Flüchtlingsstatus zu beanspruchen, muss man dessen Mobilisierbarkeit durch spezifische Elemente wie detaillierte und personalisierte

Dokumente oder Erklärungen begründen“, erklärte CNDA-Vizepräsidentin Christine Massé-Degois

In **Georgien** leistet die Organisation Idite Lesom wichtige Unterstützung für (hauptsächlich) russische Deserteure und Wehrdienstflüchtige.

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof (ECHR) stärkt nordzyprischen Kriegsdienstverweigerer und verurteilt die Türkei zu Schadensersatz

Murat Kanatli, Vorstandsmitglied des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (EBCO=European Bureau for Conscientious Objection), verweigert seit 2006 – nach Ableistung seines einjährigen Wehrdienstes – die Absolvierung des obligatorischen eintägigen Reservistendienstes. 2014 wurde er nach vergeblichem Appell zu einer Geldstrafe verurteilt, die er nicht zahlte; stattdessen ging er für 10 Tage in Gefängnis. 2015 reichte Murat Kanatli eine Beschwerde beim ECHR ein. In der Verhandlung vom 12. März 2024 verurteilte der Gerichtshof die Türkei dazu, dem Beschwerdeführer wegen Verletzung von Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) einen Schadensersatz von 9.000 Euro zuzüglich Kostenersatz zu zahlen. Als Hauptgründe führte der ECHR an:

„Der Gerichtshof stellte fest, dass die einschlägige nationale Gesetzgebung - die einen verpflichtenden Wehrdienst in den Streitkräften, einschließlich des Reservistendienstes, vorsah - keine Bestimmungen für Verweigerer aus Gewissensgründen enthielt, eine alternative Form des Dienstes zu leisten.

Er wies darauf hin, dass er bereits früher entschieden hatte, dass ein System, das weder einen Ersatzdienst noch ein wirksames und zugängliches Verfahren für die Prüfung eines Antrags auf Kriegsdienstverweigerung vorsieht, kein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft und dem der Verweigerer aus Gewissensgründen darstellt. Da die Regierung keine überzeugenden Argumente vorgebracht hat, sah der Gerichtshof keinen Grund, im vorliegenden Fall von seiner Rechtsprechung abzuweichen.“ ...

Neue Militärgefängnisstrafen für Kriegsdienstverweigerung in Israel

(24.04.2024) Die israelischen Kriegsdienstverweigerer Tal Mitnick und Sofia Orr wurden wegen ihrer Weigerung, am Gaza-Krieg und der andauernden Besatzung teilzunehmen, zu 45 Tagen Gefängnis und 15 Tagen Bewährung verurteilt.



Die Bremer Stiftung „die Schwelle“ zeichnet Connection e.V. aus

„Die Organisation Connection e.V. erhält den **Spender*innenpreises für ermutigende Initiativen**. Die Organisation mit Sitz in Offenbach am Main setzt sich seit 1993 international für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein und unterstützt Männer und Frauen, die aufgrund ihrer Kriegsdienstverweigerung verfolgt werden. Der Verein arbeitet mit internationalen und lokalen Gruppen und Organisationen zusammen, die sich gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren.

Die rechtlich und politisch schwierige Situation in vielen Ländern zwingt viele Kriegsdienstverweigernde zur Flucht. Die Weigerung, am Kriegsgeschehen mitzuwirken,

führt oft zur Strafverfolgung im eigenen Land, wird in den meisten Ländern jedoch oft nicht als Asylgrund anerkannt. Darum bietet Connection e.V. Kriegsdienstverweigernden Beratung und Unterstützung an, damit sie den notwendigen Schutz erhalten. Darüber hinaus fördert der Verein die Selbstorganisation von Geflüchteten.

*„Wir fühlen uns sehr geehrt, dass Connection e.V. dieses Jahr mit dem Internationalen Bremer Friedenspreis der Stiftung die Schwelle ausgezeichnet wird“, erklärte Rudi Friedrich. Und Marah Frech ergänzt: "Aktuell werden hunderttausende Menschen aller Geschlechter in Russland, in der Ukraine, in Israel und in vielen anderen Staaten dazu gezwungen, in den Krieg zu ziehen. Ihre Verweigerung des Einsatzes wird nicht anerkannt, sie werden als Verräter*innen gebrandmarkt. Es ist ungeheuer wichtig, dass mit dem Bremer Friedenspreis die Arbeit für diese Menschen gewürdigt und deren Entscheidung und damit auch das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung gestärkt wird. Herzlichen Dank!"*

Der Verein wurde 1993 gegründet und baute ein internationales Netzwerk von Desertierenden auf, um Soldat*innen einen Ausweg aus den Kriegen der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zu ermöglichen. Vernetzungen und Unterstützungen mit Kriegsdienstverweigernden in Lateinamerika, Afrika und Russland sowie insbesondere in der Türkei, entstanden. Neben der Unterstützung der Gründung der Eritreischen Antimilitaristischen Initiative wurden auch während des Krieges der US-Armee im Irak mehrere US-amerikanische Kriegsdienstverweigernde im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof unterstützt. Connection e.V. positioniert sich gegen militärische Gewalt als Mittel der Politik. Seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine engagiert sich die Organisation in der Kampagne #ObjectWarCampaign und mit Aktionen für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung russischer, belarussischer und ukrainischer Soldat*innen sowie deren Recht auf Asyl.

Geehrt werden die Preisträger in einer feierlichen Zeremonie im Bremer Rathaus am 31. Mai 2024.“

mehr: <https://dieschwelle.de/friedenspreis-2024>



Widerspruch ist möglich und nötig! Sag Nein: keine Daten für die Bundeswehr!

Der Weitergabe der Daten der Meldeämter an die Bundeswehr können junge Menschen und ihre Eltern widersprechen.

Mehr <https://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/widerspruch>

Meinungsforschung: Umfragen zur Zeitenwende, die im Netz kursieren

Hier ein paar Ergebnisse, wie die (sich beteiligenden) BürgerInnen denken

* in % der Gesamtstimmen, die exakten Formulierungen für die Rubriken sind unterschiedlich, der statistische Fehler der Umfragen, die auf mehreren Tausend Antworten beruhen, wird jeweils als einstellig ausgewiesen https://civey.com/	Ja, auf jeden Fall / Eindeutig richtig / mehr*	Eher ja*	Unentschieden / teils-teils*	Eher nein*	Nein, auf keinen Fall / weniger*
Civey Stand 04.03.24 Wie bewerten Sie es, dass Bundeskanzler Olaf Scholz den Einsatz westlicher Bodentruppen in der Ukraine ausschließt?	64,0	9,6	8,2	6,9	11,3
Civey 23.4.24 Sollte die internationale Gemeinschaft Ihrer Meinung nach die Ukraine eher stärker oder eher weniger militärisch unterstützen		53	12		35
Civey 27.04.24 Wie bewerten Sie die Forderung von Wirtschaftsminister Robert Habeck, die Rüstungsproduktion in Deutschland auszubauen?	54,0	11,0	5,1	5,3	24,6
Civey 29.04.24 Wie bewerten Sie, dass der Bundestag die Einführung eines Veteranentags (Anerkennung für Soldatinnen und Soldaten) beschlossen hat?	55,5	14,7	12,1	5,9	11,6
Civey Stand 1.Mai 24 Vertritt die SPD ihrer Ansicht nach aktuell die Interessen der Arbeiterschaft im ausreichenden Maße?	9,1	11,3	5,5	15,2	58,9
Web.de, 5.Mai 24 Verhält sich Scholz in der Taurus-Debatte richtig 27.308		65	5		30
Civey Ergebnis 13.05.24 Wie bewerten Sie die Pläne der CDU, die Wehrpflicht schrittweise wieder einzuführen		63	8		29



VERMISCHTES

Filmprojekt #UNSERE ERDE - KAMPF UM ROHSTOFFE

Jürgen Grässlin weist hin auf die Themenabende von Daniel Harrich in der ARD, u.a. zu den illegalen Gewehrexporten nach Mexiko (realiter von Heckler & Koch) - wobei sie intensiv zusammengearbeitet haben: „Harrich ist ein sehr mutiger Filmemacher, der gemeinsam mit seinem Team bei seinen Recherchen in das beteiligte Land reist - und das auch unter Einsatz von Leib und Leben.

Die Filme UNSERE ERDE - KAMPF UM ROHSTOFFE, für das er in Aserbaidschan vor Ort recherchiert und gedreht hat, sind **in der ARD Mediathek noch bis 1.6. (Film)**, die dreiteilige Dokuserie bis 1.3.26 zu sehen.

Siehe <https://www.daserste.de/unterhaltung/film/unsere-erde/index.html>

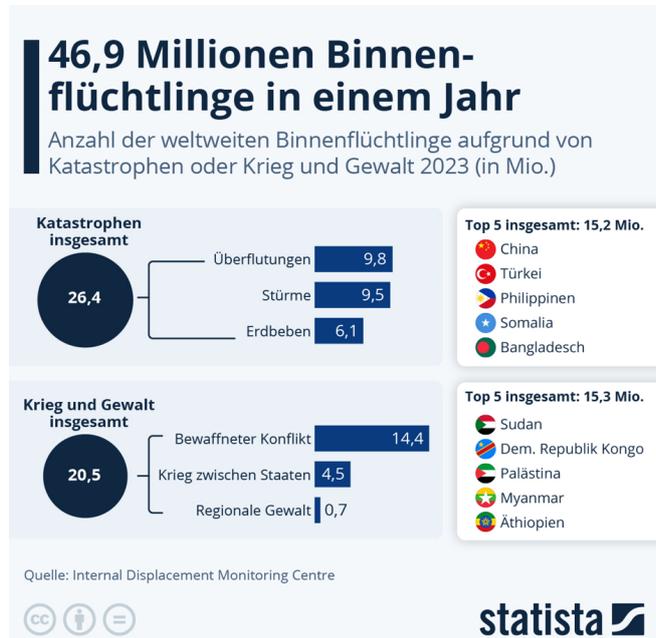


<https://de.statista.com/infografik/32251/binnenfluechtlinge-aufgrund-von-krieg-und-gewalt-oder-katastrophenweltweit/>



**Kontroverse vor Supreme Court
Immunität bei Ermordung eines
Rivalen? Trump-Anwalt erregt mit
Antwort Aufsehen**
Aktualisiert am 25.04.2024, 19:47 Uhr

Im Rechtsstreit um Immunität vor Strafverfolgung hat der Anwalt des früheren US-Präsidenten Donald Trump mit einer Antwort auf die Frage einer Richterin für Aufsehen gesorgt. Die als liberal geltende Richterin Sonia Sotomayor am Obersten Gericht der USA fragte Trumps Anwalt D. John Sauer bei einer Anhörung am Donnerstag: "Wenn der Präsident entscheidet, dass sein Rivale eine korrupte Person ist, und er dem Militär befiehlt, oder jemand anderem befiehlt, diesen zu ermorden, wäre das im Rahmen seiner offiziellen Amtshandlungen und damit straffrei?" Sauer antwortete darauf, dass seine eine hypothetische Frage und davon hänge die Antwort ab. Aber es könne sich dabei "durchaus um eine offizielle Amtshandlung handeln", ergänzte er.



Anklage gegen Trump soll fallengelassen werden

Sotomayor reagierte verblüfft. Damit würde eine Situation geschaffen, in der ein Präsident das Präsidentenamt dazu nutzen könnte, sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen, ohne dafür rechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen, sagte sie. Sauer argumentierte sinngemäß, dass US-Präsidenten, die wegen strittiger Entscheidungen nach ihrer Zeit im Weißen Haus eine Anklage fürchten müssen, ihr Amt nicht richtig ausfüllen könnten. Zudem gehe es bei der Frage nach der Strafbarkeit nicht um die Motivation, so Sauers Logik. (dpa/br)



**Rot-grüne Landesregierung bricht
Kirchenasyl in Bienenbüttel
(Kirchenkreis Uelzen)**

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. berichtet, dass in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai 2024 die Polizei gegen 23 Uhr mit einem Durchsuchungsbefehl in die Gemeinderäume der Kirchengemeinde Sankt Michaelis in Bienenbüttel eingedrungen ist und einen **russischen Kriegsdienstverweigerer, seine (kranke) Frau, den erwachsenen Sohn und die 16-jährige Tochter gewaltsam aus**



dem Kirchenasyl herausgeholt hat. Etwa 15 Beamte waren mit sechs Autos an der Festnahme beteiligt. Das Pfarrhaus, für das ebenfalls ein Durchsuchungsbeschluss vorlag, wurde abgeriegelt.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen äußert sich entsetzt: „Die letzte Kirchenasylräumung vor 2024 fand in Niedersachsen 1998 in Glandorf-Schwege bei Osnabrück statt. Seither verzichteten alle Landesregierungen auf ein gewaltsames Eindringen in Kirchenasylräume. Es brauchte offenkundig eine rot-grüne Landesregierung, um dieses Tabu in Niedersachsen zu brechen. Zur Durchsetzung der verkündeten „Abschiebungsoffensive“ werden die letzten Hemmungen abgelegt.“

Selbstverständlich ist die Kirche kein rechtsfreier Raum. Aber die bisherigen Landesregierungen verzichteten aus guten Gründen darauf, gewaltsam in kirchliche Räume einzudringen: „Wenn die Vollzugsbehörden aus Respekt vor dem besonderen Charakter dieser Orte auf die Durchsetzung der gesetzlich gebotenen Zwangsmaßnahmen gegen Personen verzichten, verzichtet der Staat einseitig darauf, zum Zweck der Abschiebung unmittelbaren Zwang gegen Personen in bestimmten kirchlichen Räumen anzuwenden“, erklärte Innenminister Uwe Schünemann (CDU) 2007 auf Anfrage der Grünen im Landtag. Ähnlich argumentierte Innenminister Boris Pistorius (SPD) am 20. März 2015: „Wenn in Einzelfällen Kirchengemeinden aus Gewissensgründen in ihren kirchlichen Räumen Ausreisepflichtigen vorübergehend Unterkunft gewähren, so verzichten die zuständigen Behörden aus Respekt vor den geschützten und der Glaubensausübung dienenden Räumen der Kirchen, Klöster und Pfarrhäuser darauf, in diesen Räumen Verwaltungszwangsmaßnahmen zu vollziehen. Diese Haltung hat sich in den vergangenen 20 Jahren als konfliktlösend bewährt. Die Landesregierung sieht deshalb keine Veranlassung, ihre grundsätzliche Haltung zum Umgang mit Kirchenasylfällen zu ändern und weiterhin im engen Dialog mit den Kirchen bleiben.“

Zuständige Ausländerbehörde für Dublin-Abschiebungen ist das BAMF, eine Bundesbehörde. Die niedersächsische Landesaufnahmebehörde ist allerdings nötig, um in Amtshilfe tätig zu werden: Die niedersächsische Behörde ist zuständig für die Umsetzung von Abschiebungen. Sie hat den Flug gebucht, den Durchsuchungsbefehl beantragt und die Kirchenasylräumung durchgesetzt. Es ist insofern absurd zu behaupten, niedersächsische Behörden seien für die Abschiebung nicht verantwortlich: Niemand hat die niedersächsische Landesregierung gezwungen, den Konsens der letzten 26 Jahre zu brechen, dass Polizei nicht gewaltsam in Kirchenräume eindringt, um Schutzsuchende festzunehmen.

Schon am 25. April 2024 hat es den Versuch einer Abschiebung aus dem Kirchenasyl in Schneverdingen gegeben: Ein syrischer Flüchtling, der auf seiner Flucht durch lettische Behörden misshandelt und tagelang inhaftiert worden war, wurde von zwei Polizeibeamt:innen aus der Kirche abgeholt und sollte nach Lettland abgeschoben werden. Die Abschiebung wurde dann aber aufgrund eines Zusammenbruchs abgebrochen und die Rückkehr ins Kirchenasyl gestattet. Vom niedersächsischen Innenministerium gab es die Zusage, den Sachverhalt aufzuarbeiten und das Gespräch mit den Kirchen zu suchen.

Bei dem neuerlichen Bruch des Kirchenasyls handelt es sich insofern nicht um ein „Versehen“, sondern um die Durchsetzung einer neuen, restriktiven Linie im Umgang mit Kirchenasyl. Die Landesaufnahmebehörde ist planvoll vorgegangen, hat einen Durchsuchungsbeschluss herbeigeführt und hat die Kirchengemeinde und das Pfarrhaus systematisch abgeriegelt..... (gekürzt) *mehr unter <https://www.nds-fluerat.org/>*